

# Protokoll Nr. 14

## über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

**Dienstag, 10. Juni 2008**  
14.00 - 17.35 Uhr  
im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Stefan Hodel  
Protokoll: Ruth Schorno

---

### Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 11 vom 6. Mai 2008
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Jahresrechnung und Jahresbericht  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1965 vom 8. April 2008  
Bericht und Antrag der RPK Nr. 1965.1 vom 15. Mai 2008  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1965.2 vom 19. Mai 2008
4. Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2007  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1970 vom 8. April 2008  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1970.1 vom 19. Mai 2008
5. Streethockeyverein Oberwil-Rebells: Ersatzplatz; Baukredit  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1961 vom 11. März 2008  
Stadtratsbeschluss Nr. 361.08 vom 1. April 2008 (G1961.1)  
Bericht und Antrag der BPK Nr. 1961.2 vom 25. März 2008  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1961.3 vom 19. Mai 2008
6. Postulat von Manuel Brandenburg, SVP, vom 7. April 2008 betreffend Entfernung der Verkehrsschikanen und Wiedereinführung der Busbuchten auf der Zugerbergstrasse  
Überweisung

7. Postulat Susanne Giger, SP, vom 10. April 2008 betreffend Galvanik  
Überweisung
8. Interpellation betreffend gleiche Löhne für Frauen und Männer  
Antwort des Stadtrates Nr. 1973 vom 13. Mai 2008
9. Postulat der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung der Umweltkommission der  
Stadt Zug  
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 1967 vom 20. Mai 2008
10. Mitteilungen

## **Eröffnung**

Ratspräsident Stefan Hodel eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die GGR-Mitglieder Franz Iten, Nicole Kistler und Martin Spillmann; die übrigen 37 Ratsmitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist bis 16.30 Uhr vollzählig zugegen; anschliessend ist Stadtrat Ulrich Straub entschuldigt.

# **1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 11 vom 6. Mai 2008**

## **Zur Traktandenliste:**

Stadtrat Hans Christen beantragt im Auftrag des Stadtrates, Traktandum 5, Streethockeyverein Oberwil Rebels, Vorlage Nr. 1961, für heute abzutraktandieren und begründet dies wie folgt:

1. Mit Recht moniert der Präsident der BPK, Martin Spillmann, dass die neue Variante des Streethockeyplatzes in der Herti-Nord von der BPK nicht behandelt wurde.
2. Am 19. Mai 2008 wurde dieses Geschäft von der GPK behandelt. In der Zwischenzeit haben sich die Zahlen für den Kostenvoranschlag nochmals geringfügig verändert.
3. Die enorme Anzahl von Einsprechenden lassen es zeitlich zu, dass dieses Geschäft noch genauer vorbereitet und den beiden Kommissionen nochmals unterbreitet wird.

Im Weiteren informiert Stadtrat Hans Christen, dass Stadträtin Andrea Sidler Weiss und Stadtrat Andreas Bossard bei diesem Geschäft aufgrund eines Regierungsratsbeschlusses in Ausstand treten müssen. Stadträtin Andrea Sidler Weiss hat drei Kinder, die in der Juniorenabteilung der Oberwil Rebels mitspielen und ein Sohn von Stadtrat Andreas Bossard spielt in der 1. Mannschaft. Zum Glück spielen die Kinder von Stadtrat Ulrich Straub nicht Streethockey. Der Stadtrat wäre bei diesem Geschäft nicht mehr handlungsfähig und müsste die Vorlage vom Regierungsrat behandeln lassen. Aus diesem Grund wird das Geschäft Streethockeyplatz Oberwil Rebels von Seiten des Stadtrates in Zukunft von Stadtrat Hans Christen als Besteller dieser Anlage vertreten.

Urs Bertschi: Die SP-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat von sich aus dieses Geschäft heute abtraktandieren möchte, hätte sie doch denselben Antrag ebenfalls gestellt. Dem Rat liegen keine übersichtlichen Unterlagen zu dieser Vorlage vor. Es erstaunt, dass nach einer Rückweisung des Geschäftes in der BPK diese massgeblich veränderte Vorlage nicht mehr in die BPK zurückkam. Dies sei hier und heute anstelle des abwesenden BPK-Präsidenten nochmals festgehalten. Die BPK war darob befremdet und wünscht sich, dass dieses Geschäft wirklich nicht zum Debakel wird und man sich künftig an die Spielregeln hält.

## **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der GGR stimmt daher stillschweigend dem Antrag des Stadtrates zu, das Traktandum 5 von der heutigen Geschäftsliste zu streichen.

Die Traktandenliste ist damit in der geänderten Form gutgeheissen.

**Zum Protokoll Nr. 11 vom 6. Mai 2008:**

Jürg Messmer bezieht sich auf Seite 535 des Protokolls und berichtigt, dass es sich hier um eine Motion von Manuel Brandenburg und nicht um eine solche der SVP-Fraktion handelt.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass keine weiteren Berichtigungen eingegangen sind. Das Protokoll Nr. 11 vom 6. Mai 2008 ist demnach inkl. die Berichtigung von Jürg Messmer genehmigt.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### Interpellationen

#### Interpellation Jürg Messmer betreffend Nutzungsgebühren Sporthallen

Mit Datum vom 16. Mai 2008 hat Gemeinderat Jürg Messmer folgende Interpellation eingereicht:

„Seit Januar 2008 ist der Stadtrat entschlossen, die aktiven Vereine, welche nicht als rein „stadtzugerisch“ eingestuft werden, aus den städtischen Hallen zu verbannen. Immer wieder liest man, dass unsere Jugend zu wenig Sport betreibt und deshalb übergewichtig wird. Mit seinem Entscheid nimmt der Stadtrat in Kauf, dass nicht nur Zug United vor einer Vereinsauflösung steht. Weitere Sportvereine werden ebenfalls dieser finanziellen Herausforderung nicht gewachsen sein und ihr Angebot an Sport und Freizeitaktivitäten einstellen müssen. Der Schreibende begrüsst die Sparbemühungen des Stadtrates. Aber die Art des Vorgehens lässt zu wünschen übrig. Einerseits ist die Vorlaufzeit für die betroffenen Vereine viel zu kurz, andererseits werden gewünschte Dokumente und Begründungen den Betroffenen nicht zugestellt. Deshalb erlaubt sich der Schreibende, nachstehende Fragen an den Stadtrat zu stellen:

- Warum kommt der Stadtrat gerade jetzt mit dieser Regelung?
- Wieviele Sportvereine trifft diese Regelung?
- Welche Vereine sind namentlich von dieser Regelung betroffen?
- Wieviele aktive Mitglieder sind betroffen?
- Nach welchen Kriterien werden die Vereine in die einzelnen Kategorien eingestuft?
- Wieviele Mehreinnahmen wird diese Regelung dem Stadtrat bringen?
- Ist sich der Stadtrat bewusst, dass diese Regelung für diverse Vereine das Aus bedeutet?
- Der Stadtrat bemängelt, dass in den betroffenen Vereinen zu viele auswärtige Spieler/Mitglieder sind. Wie hoch darf nach Meinung des Stadtrates/des Reglements der Anteil der auswärtigen Spieler/Mitglieder sein?
- Gedenkt der Stadtrat nochmals über seinen Entschluss nachzudenken?
- Wenn Nein, ist sich der Stadtrat bewusst, dass er damit gegen den Sport allgemein ist?
- Ist sich der Stadtrat im Klaren, dass er gerade in einer Zeit, in der übergewichtige Kinder und Jugendliche ein Thema sind, mit diesem Entscheid ein falsches Signal aussendet?
- Ist der Stadtrat tatsächlich gewillt, mit diesem Entscheid Kinder und Jugendliche, welche ein aktives Sport- und Vereinsleben betreiben, zu strafen?
- Mit Schreiben vom 29. Januar 2008 an Zug United schreibt der Stadtrat „Da wir zu wenig Turnhallen für unsere Stadtzuger Vereine haben, mieten diese kantonale Sportanlagen“. Wie viele Vereine der Stadt betrifft dies?
- Wie hoch sind die gesamthaften Rückerstattungskosten für diese Vereine?

- Am 25. März 2008 bestätigt der Stadtrat den Eingang eines Schreibens seitens Zug United, in welchem dieser ihn ersucht, zum Entscheid vom 29. Januar 2008 Stellung zu nehmen. Weshalb wurde diese Stellungnahme noch nicht vorgenommen? Ich bitte höflich um schriftliche Beantwortung der Fragen.“

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der Interpellant die schriftliche Beantwortung verlangt. Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

### **Interpellation Manuel Brandenburg betr. Beantwortung der Interpellation vom 20. Februar 2008 (Verkehrsschikanen auf der Zugerbergstrasse) Einhaltung der Geschäftsordnung durch den Stadtrat**

Mit Datum vom 23. Mai 2008 hat Gemeinderat Manuel Brandenburg folgende Interpellation eingereicht:

„Mit Interpellation vom 20. Februar 2008 stellte der unterzeichnete Interpellant dem Stadtrat verschiedene Fragen betr. die Verkehrsschikanen auf der Zugerbergstrasse (Aufhebung der Busbuchten Oberwiler Kirchweg, Entfernung der unnötigen Verkehrsinseln) und ersuchte um schriftliche Beantwortung. Eine Beantwortung der Interpellation ist bis heute nicht erfolgt. Dies vorausgeschickt, unterbreitet der Interpellant dem Stadtrat die folgenden Fragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung:

1. Gemäss § 43 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates („GSO“) hat die schriftliche Beantwortung einer Interpellation innerhalb von drei Monaten zu erfolgen. Die am 21. Februar 2008 beim Stadtrat eingereichte Interpellation hätte somit bis am 20. Mai 2008 beantwortet werden müssen. Warum hat der Stadtrat die gemäss GSO vorgeschriebene Frist nicht eingehalten?
2. Besteht zwischen der rechtswidrigen Nichteinhaltung der Frist von drei Monaten und der Abstimmung vom 1. Juni 2008 über den Bebauungsplan Post, dessen Referendumskomitee der Interpellant präsidiert, ein Zusammenhang?
3. Fürchtet der Stadtrat, Stimmbürger, die das Anliegen des Interpellanten betr. die Entfernung der Verkehrsschikanen auf der Zugerbergstrasse teilen, könnten geneigt sein, am 1. Juni 2008 gegen den Bebauungsplan Post und damit gegen den Stadtrat zu stimmen, würde die fristgerechte Beantwortung der Interpellation kurz vor dem 1. Juni 2008 mit Antworten des Stadtrates erfolgen, die dem Anliegen des Interpellanten zuwiderlaufen?
4. Hat der Stadtrat in Zukunft vor, die Bestimmungen der GSO einzuhalten, insbesondere auch diejenige von § 43 GSO?
5. Führt der Stadtrat über die eingegangenen Vorstösse, für deren Behandlung die GSO eine Frist vorschreibt, eine Fristenkontrolle? Falls Ja, wer führt die Fristenkontrolle, und warum werden die Fristen dennoch nicht eingehalten? Falls Nein, warum führt der Stadtrat keine Fristenkontrolle und nimmt damit die Verletzung der GSO in Kauf?
6. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass es für einen Rechtsstaat wichtig ist, dass die Behörden die Gesetze einhalten?

7. Teilt der Stadtrat die Bedenken, dass - sofern die Behörden die Gesetze nicht einhalten - der Bürger das Vertrauen in die staatlichen Institutionen verliert und selbst in Versuchung kommen könnte, die Gesetze nicht mehr einzuhalten?  
Besten Dank für die schriftliche Beantwortung der vorstehenden Fragen innerhalb von drei Monaten (§ 43 GSO).“

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass diese Interpellation innert 11 Tagen beantwortet wurde. Die Antwort liegt bereits vor.

### **Kleine Anfrage**

Ratsmitglied Jürg Messmer hat namens der SVP-Fraktion am 8. Mai 2008 folgende Kleine Anfrage eingereicht:

„Aufgrund verschiedener Hinweise vieler besorgter Bürger im Zusammenhang mit der Abstimmung zum Überbauungsplan Postplatz erlaubt sich die SVP-Fraktion folgende Fragen an den Stadtrat zu stellen:

1. Durch den Bebauungsplan Postplatz kann das Grundstück Nr. GS 897/1026 viel besser ausgenützt werden als es die ordentliche Zonenordnung zulassen würde. Welcher Mehrwert für das fragliche Grundstück wird durch diese Mehrnutzung generiert? Was hat dies in Franken für Auswirkungen auf den Preis pro Quadratmeter dieses Grundstückes? Profitiert die Stadt Zug von diesem Mehrwert? Wenn nicht, wer profitiert namentlich von diesem Mehrwert?
2. Die Stadt kauft den Eigentümern des Grundstückes Nr. GS 897/1026 100 Einstellplätze für Autos von je rund CHF 90'000.-- ab. Welcher Quadratmeterpreis wurde in der Kalkulation des Preises für die Einstellplätze für das überbaute Grundstück eingesetzt? Sollte die Erstellung der Einstellplätze pro Platz weniger als CHF 90'000.-- kosten, profitiert die Stadt Zug von diesen Einsparungen? Wenn nicht, wer profitiert namentlich von diesem Mehrwert?
3. Die Stadt lässt Private für sich ein Parkhaus bauen und kauft zu einem faktisch zugesicherten Preis von CHF 90'000.-- die Einstellplätze ab, ohne zu prüfen, welche Preise die involvierten Bauunternehmen verrechnen. Wieso ist dies keine Umgehung der Submissionsbestimmungen?
4. Wie hoch liegt der durchschnittliche Kaufpreis in der Stadt Zug für einen Einstellplatz für Autos gemäss publizierten Verkaufsangeboten in Immobilienanzeigen?
5. Um wie viel muss nach Ansicht des Stadtrates die Parkgebühr im Vergleich zu den heutigen oberirdischen Plätzen erhöht werden, damit sich der Preis pro Einstellplatz rechnet? Sollte diese Gebührenerhöhung abgelehnt werden, wie finanziert der Stadtrat diese Einstellplätze?
6. Gemäss § 7 lit. b der Gemeindeordnung unterstehen Beschlüsse des Grossen Gemeinderates über neue einmalige Ausgaben von mehr als CHF 5'000'000.-- dem obligatorischen Volksreferendum Ausgenommen sind Grundstücksgeschäfte. Beim Parkhaus Post kauft die Stadt Zug für rund CHF 9 Mio. von Privaten 100 Parkplätze. Das Grundstück, auf dem das Parkhaus stehen wird, existiert noch nicht. Somit kann gar kein Grundstücksgeschäft im Sinne der vorstehenden Gemeindeordnung

vorliegen. Wieso ist dies bei einem Preis von CHF 9 Mio. keine Umgehung des obligatorischen Volksreferendums?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung innert nützlicher Frist.

### 3. Jahresrechnung und Jahresbericht 2007

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1965

Bericht und Antrag der RPK Nr. 1965.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1965.2

#### Grundsatzvoten

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat unterbreitet mit der Vorlage Nr. 1965 die Jahresrechnung 2007.

- Laufende Rechnung: Die Laufende Rechnung 2007 erreicht einen Gesamtaufwand von CHF 233,5 Mio. und einen Gesamtertrag von CHF 265,7 Mio. Das gute wirtschaftliche Umfeld, Neuzugänge von natürlichen und juristischen Personen, markante Steuereinkommen aus früheren Jahren sowie einmalige Effekte führen zu einem Ertragsüberschuss von CHF 32,2 Mio. (Vorjahr CHF 55,1 Mio.).
- Steuerertrag: Auf der Basis des hervorragenden wirtschaftlichen Umfelds während der Jahre 2006 und 2007 hat sich der Steuerertrag des Jahres 2007 überdurchschnittlich positiv entwickelt. Die Steuereinnahmen 2007 betragen CHF 209,3 Mio. (Vorjahr CHF 189,1 Mio.), diejenigen der natürlichen Personen CHF 101,9 Mio. (Vorjahr CHF 97 Mio.), jene der juristischen Personen CHF 98,7 Mio. (Vorjahr CHF 81,3 Mio.) und die Sondersteuern CHF 8,6 Mio. (Vorjahr CHF 10,8 Mio.).
- Vermögenserträge: Der Vermögensertrag hat sich mit CHF 13,1 Mio. ebenfalls erfreulich entwickelt. Dieser übersteigt das Budget und das Vorjahr um CHF 2,4 Mio. Die Gründe liegen an den moderat höheren Zinssätzen, der Optimierung des Cash Managements und an der Zunahme der Liquidität.
- Sachaufwand: Der mit dem Vorjahr vergleichbare Sachaufwand ist wie veranschlagt um rund 3 Prozent angestiegen. Der Sachaufwand beinhaltet jedoch Sondermassnahmen für baulichen Unterhalt, die bei den durchgeführten Immobilienanalysen zum Vorschein kamen. Im Zusammenhang mit dem Projekt Überführung der Immobilien (Altersheim Waldheim, Alterszentrum Herti, Betagtenzentrum Neustadt) von der Stiftung Zugerische Alterssiedlungen in das Eigentum der Stadt Zug wurde bei der Schätzung der Immobilien ein Rückstellungsmanko für Instandhaltung und Substanzerhaltung von rund CHF 17 Mio. festgestellt. Diese Bildung der Rückstellung begründet der Stadtrat wie folgt: Das Finanzhaushaltgesetz verlangt in solchen Fällen unter § 7 Abs. 2 Bst. B, dass feststehende, in ihrer Höhe jedoch noch nicht genau bekannte Verpflichtungen als Rückstellungen zu buchen sind. Das kantonale Spitalgesetz bestimmt, dass für diese Aufwendungen die Gemeinden aufkommen müssen. Die Verwendung dieser Rückstellung setzt einen gültigen GGR-Beschluss voraus. Eine entsprechende Vorlage ist in Bearbeitung.
- Personalaufwand: Der Stadtrat hat im Hinblick auf die beabsichtigte Aufnahme der städtischen Lehrpersonen von der kantonalen Pensionskasse in die städtische Pensionskasse am 18. Dezember 2007 eine Beschwerde an das Bundesgericht ein-

gereicht. Stadtrat Hans Christen hat im Kantonsrat bei der Beratung des kantonalen Pensionsgesetzes einen entsprechenden Antrag gestellt, dass konkret die städtischen Lehrpersonen in der städtischen Pensionskasse versichert werden sollen. Trotz zwei juristischen Gutachten der beiden renommiertesten Rechtsprofessoren der Schweiz in dieser Frage hat der Kantonsrat den Antrag abgelehnt, obwohl der Regierungsrat bei der zweiten Lesung diesen Antrag ebenfalls unterstützt hat. Die Aussichten, dass die Stadt beim Bundesgericht Recht bekommt, stehen sehr gut. Bei der allfälligen Übernahme der Lehrpersonen entstehen aus heutiger Sicht, gestützt auf das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG) Verpflichtungen aus unterschiedlichen Schwankungsreserven zwischen der städtischen und der kantonalen Pensionskasse von ca. CHF 13 Mio. (Stand 31.12.2006). Für diese Verpflichtung ist per 31.12.2007 eine Rückstellung gebildet worden, damit beim Vollzug keine Verwässerung der Schwankungsreserven entstehen würden und um gestärkt in diesem Geschäft auftreten zu können. Die Verwendung dieser Rückstellung setzt einen gültigen GGR-Beschluss voraus. Ohne diesen Sonderaufwand hätte sich beim Personalaufwand eine Budgetunterschreitung von CHF 1,3 Mio. ergeben.

- Investitionsrechnung: Für das Jahr 2007 sind brutto CHF 28,7 Mio. investiert worden. Im Finanzvermögen ist die Wohnliegenschaft Chamerstrasse 68d/e mit CHF 2,1 Mio. umfassend saniert worden. Zur Arrondierung der stadteigenen Liegenschaften im Gebiet Riedmatt hat die Stadt für CHF 2,8 Mio. ein Grundstück mit einer Fläche von 4'646 m<sup>2</sup> in der Zone ÖIB gekauft. Insgesamt betrug das Investitionsvolumen für den Bereich der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens CHF 11,5 Mio. und für die Schulbauten CHF 3,0 Mio. Der Tiefbau hat in die Verkehrsplanung und für Strassen CHF 2,1 Mio. und für die Stadtentwässerung CHF 6,6 Mio. investiert. Im Zusammenhang mit dem Alterszentrum Frauensteinmatt ist für die aktuelle Projektierung CHF 1,9 Mio. aufgewendet worden. Die Einnahmen aus Veräusserung und Subventionen haben CHF 7,7 Mio. erreicht, einen überdurchschnittlich hohen Wert. Dieser resultiert hauptsächlich aus der Veräusserung eines Grundstücks am Bellevueweg, der Villa Stadlin an der Artherstrasse und von Subventionen. Die Investitionsrechnung hat mit Nettoinvestitionen von CHF 21 Mio. (Vorjahr CHF 17,2 Mio.) abgeschlossen.

Der Stadtrat beantragt dem GGR, die Rechnung 2007 zu genehmigen.

Ivo Romer, Präsident GPK: Das Budget wurde mit der Laufenden Rechnung sauber eingehalten. Es gibt seitens der GPK keine Anträge zur Rechnung 2007 bzw. zum Jahresbericht 2007 zu stellen. Das zeigt sich im Vertrauensbeweis, dass die GPK die Vorlage einstimmig gutgeheissen hat. Der Aufwand wurde innerhalb des Budgets klar eingehalten. Um rund CHF 1,3 Mio. unter der Aufwandschätzung bleibt der Personalaufwand. Der Sachaufwand weist eine minimale Budgetabweichung von CHF 375'000.-- auf. Gesamthaft wurde sauber gearbeitet. Die GPK dankt der Verwaltung und dem gesamten Stadtrat für diese Einhaltung des Budgets wie auch die saubere Auflistung und Kommentierung der Jahresrechnung und des Jahresberichtes. Auch wenn die Jahresrechnung in der GPK keine grossen Fragen aufgeworfen hat: faktisch ist ein Überschuss von CHF 62 Mio.

erreicht worden. Die gebildeten Rückstellungen in der Höhe von CHF 30 Mio. (für die Übernahme der Lehrer in die städtische Pensionskasse CHF 13 Mio. und für die anstehenden Renovationen und erhaltenden Massnahmen bei den Zugerischen Alterssiedlungen CHF 17 Mio.) sind nicht ausgegeben. Das ist eine Form von Überschussverwendung in die Zukunft, auch wenn der Rat über die politische Freigabe im betreffenden Zeitpunkt noch diskutieren muss. Positiv vermerkt werden darf, dass gewisse Massnahmen, Aufgaben intern auszuführen (z.B. Erstellung des Jahresberichtes) zu Einsparungen geführt haben. Wenn die Ressourcen und Möglichkeiten verwaltungsintern vorhanden sind, sollten sie auch so genutzt werden. Beim Verhältnis des Steuerertrages zeigt sich, dass in der Zwischenzeit nahezu ein 50/50-Verhältnis zwischen den juristischen und den natürlichen Personen besteht. In volkswirtschaftlich guten Zeiten ist das erfreulich, birgt aber auch Risiken, sind doch die Steuererträge der juristischen Personen stärker den wirtschaftlichen Schwankungen und Risiken unterworfen. Diesen Umstand müssen die politischen Verantwortlichen sich jederzeit vor Augen haben. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Die ewig guten Zeiten halten in der Regel nicht länger als sieben Jahre an. Die Jahresberichterstattung findet in der GPK Gutheissung. Vor allem auch die Anregung der GPK, die Jahresziele auch auf ihre Erreichung hin zu kommentieren, wurde dieses Jahr durchgeführt und von der GPK begrüsst und positiv vermerkt. Somit ist eine kritische Auseinandersetzung mit den vom Stadtrat festgelegten Jahreszielen auf der politischen Bühne möglich. Das jährliche Ärgernis ist die Investitionsrechnung. Wie alle Jahre wird der budgetierte Wert nicht erreicht. Es ist und bleibt eine schwierige Situation. Im Hinblick auf weniger starke Ertragsjahre ist diesem Fokus ganz klar erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, insofern es eine klare Projektierung und Priorisierung braucht. Die hier anstehenden Investitionen müssen zügig an die Hand genommen werden und zwar zu einem Zeitpunkt, wo sie noch gut finanziert werden können. Die GPK dankt der Verwaltung und dem gesamten Stadtrat. Die Rechnungsprüfungskommission sowie die KPMG haben mit einer buchhalterischen Sonderprüfung vorbehaltlose Berichte abgeliefert. Von daher kann auch der GGR mit gutem Gewissen diese Rechnung gutheissen.

Hugo Halter: Ein höchst erfreulicher Abschluss von rund CHF 32 Mio. Überschuss. Diese positive Meldung nahm die CVP-Fraktion so wohlwollend zur Kenntnis. Ebenfalls erleichtert nahm sie zur Kenntnis, dass man hier offenbar doch nicht "im falschem Film" sitzt, wie es der geschätzte Herr Finanzchef damals vermutete! Zum erfreulichen Ergebnis haben verschiedene Faktoren beigetragen, unter anderem auch die durchwegs gute Budgeteinhaltung des Stadtrates. Dafür gehört ihm an dieser Stelle der aufrichtige Dank. Wenn nun aber diese erfreuliche Meldung trotzdem etwas kritisch analysiert wird, stellt die CVP-Fraktion fest, dass die Bürger nicht nur CHF 32 Mio. zu viel Steuern bezahlt haben. Mit den getätigten und vernünftigen Rückstellungen von CHF 13 Mio. für die städtische Pensionskasse und CHF 17 Mio. für die Substanzerhaltung der Alterssiedlungen sind es nämlich CHF 62 Mio. Wie dem auch sei: Die CVP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag und dankt nochmals dem Stadtrat und dem städtischen Personal für ihre Arbeit.

Barbara Stäheli: Einmal mehr darf der Rat heute über eine Jahresrechnung debattieren, die mit einem satten Gewinn abschliesst. Wären da nicht noch die Rückstellungen von CHF 17 Mio. für die Zugerischen Alterssiedlungen und die CHF 13 Mio. für die geplante Übernahme der Lehrpersonen in die städtische Pensionskasse würden gar CHF 62 Mio. auf der Überschusseite stehen und das bei einem budgetierten Mehraufwand von knapp CHF 2 Mio. Alle wissen, wie dieser Gewinn zu Stande gekommen ist. Die unerwarteten und schwer zu prognostizierenden Steuereinnahmen sind, nebst der guten Konjunktur, der Hauptgrund für diesen Rechnungsabschluss. Barbara Stäheli weiss nicht, wie es ihren Ratskolleginnen und -kollegen geht. Sind sie stolz auf dieses Ergebnis und können sie sich ohne die geringsten Zweifel wie Dagobert Duck über den grossen Geldhaufen freuen? Ohne Zweifel, ein positiver Rechnungsabschluss ist angenehmer als ein Defizit. Trotzdem kommt bei Barbara Stäheli keine ungetrübte Freude auf. Sie ist sich der negativen Auswirkungen allzu sehr bewusst. Den Ruf nach einem höheren Steuerrabatt oder einer Senkung des Steuerfusses hört sie schon in ihren Ohren. Das wiederum wird mehr Firmen anziehen, mehr Arbeitsplätze generieren, das bedeutet mehr Verkehr, erhöhte Nachfrage nach Wohnraum und somit steigende Mieten und Bodenpreise. Als Folge davon verschwinden unter anderem günstiger Wohnraum, aber auch einfache Restaurants oder Beizen und kleinere Geschäfte, die keinen so hohen Gewinn abwerfen, dass sie die hohen marktüblichen Mieten begleichen können. Ein bunter Mix geht verloren. Auswirkungen, die alle hier im Saal betreffen, ob man es wahrhaben will oder nicht, ob man es positiv findet oder nicht. Wollen die Menschen, die in Zug wohnen und einen Bezug zu dieser Kleinstadt haben, dass diese Spirale immer weiter getrieben wird? Dem ist mit Sicherheit nicht so. Diese Entwicklung stösst nicht nur bei den Linken, Alternativen und Grünen auf Skepsis, sondern auch viele unpolitische und, dies ist in keiner Weise wertend gemeint, Durchschnittsbürgerinnen und -bürger haben gegenüber dieser Entwicklung grosse Vorbehalte und sind mehrheitlich mit den negativen Auswirkungen konfrontiert. Wie geht man mit der Entwicklung um? Hier ist in Zukunft die Politik gefordert, für alle einen lebenswerten Ort zu erhalten. Trotz der negativen Gedanken dankt die Fraktion der SP dem Stadtrat und insbesondere den Angestellten der Verwaltung für ihre Arbeit und ihr grosses Engagement für die Stadt Zug. Alle haben mit ihrer Budgetdisziplin einen Beitrag zu diesem positiven Rechnungsabschluss geleistet und haben einen besonderen Dank verdient.

Hans-Beat Uttinger: Gut, sehr gut, CHF 32 Mio. Überschuss anstatt der budgetierten minus CHF 1,9 Mio. Ohne die zusätzlichen Rückstellungen von CHF 30 Mio. wären es sogar CHF 62 Mio. Die SVP gratuliert und dankt dem Personal für seine Leistung sowie den Steuerzahlenden. Die Stadt hat gespart. Dies sieht man beim Personalaufwand, der abzüglich der CHF 13 Mio. Rückstellung für die Pensionskasse gegenüber der Rechnung 2006 um CHF 5,3 Mio. zurückgegangen ist. Vergleicht man die Rechnung 2007 mit der Rechnung 2006, so ist die Ertragssteigerung von CHF 6 Mio. nicht so gewaltig. Vergleicht man jedoch die Rechnung 2007 mit dem Budget 2007, so fragt man sich schon, ob der Stadtrat die Steuereinnahmen bewusst tief budgetiert. Im Nachhinein ist Jeder gescheiter. Es ist jedoch richtig, die 7 % Steuerrabatt beizubehalten. Hans-Beat Uttinger fragt sich aber ernstlich, ob der Stadtrat dieses Ergebnis 2007 an der Budgetsitzung für

das Jahr 2008 nicht zumindest erahnt hat. Deshalb darf der Stadtrat schon heute erahnen, dass die SVP an der Budgetsitzung 2009 10 % und mehr Steuerrabatt oder Steuer-senkung fordern wird. Dazu zitiert Hans-Beat Uttinger eine FDP-Kantonsrätin aus der neuen Zuger Zeitung vom 7. Juni 2008 (Zitat): „Die Ausgaben müssen weiterhin kontrol-liert erfolgen und Sparpotentiale nach wie vor aufgedeckt und konsequent genutzt werden. Die zu viel erhobenen Steuern müssen definitiv dem Steuerzahler zurückgege-ben werden“ (Zitatende). Im Budget 2008 wird bereits wieder mit CHF 34 Mio. weniger als in der Rechnung 2007 gerechnet. Nun zur Bilanz: Welch glückliche Stadt, die 7'022 m2 Wald noch zu CHF 1.-- einsetzen kann. Dazu CHF 88 Mio. Neubewertung. Wieviel Neubewertung würde da allein im Wald noch drin liegen? Die einzelnen Konten wur-den gut und zur Zufriedenheit der GPK begründet. Nachzulesen sind diese Begründun-gen im GPK-Protokoll vom 19. Mai 2008, weshalb Hans-Beat Uttinger mit Detailerklä-rungen sparen kann. Die SVP-Fraktion bedankt sich für die gute Rechnung und ist für Eintreten. Möge es so weitergehen.

Monika Mathers: Was soll man da sagen? Vor einem Jahr hiess es, der riesige Ertrags-überschuss sei zum grossen Teil auf die einmalige Zahlung eines finanzstarken Zuzügers zurückzuführen und darum für schlechtere Zeiten auf die hohe Kante zu legen. Und nun weist die Jahresrechnung 2007 noch einmal CHF 20 Mio. Steuerertrag mehr aus als im ausserordentlichen Jahr 2006. Hätte der Stadtrat nicht CHF 30 Mio. Rückstellungen für die städtische Pensionskasse und die Überführung der Immobilien der Zuger Alters-siedlungen getätigt, wäre auch der Überschuss grösser als vor einem Jahr. Bei diesen Zahlen lohnt es sich, zurückzulehnen und grundlegende Überlegungen zu machen. Es ist eine Tatsache, und das wissen alle, verdrängen es aber sofort wieder: Ein sehr grosser Teil der Steuereinnahmen wird nicht in Zug erwirtschaftet. Dank der Strategie der tie-fen Steuern und der Domizilgesellschaften fliessen die Gelder hier und fehlen anderorts. Darüber möchte Monika Mathers nicht urteilen, das System ist demokratisch abgese-gnet. Es bedeutet aber auch, dass Zug gegenüber den Verlierern dieses Spieles grosse Verantwortung trägt. Monika Mathers bittet deshalb, daran zu denken, wenn es um die Verwendung des Überschusses geht. In Zug sind in den letzten 33 Jahren erst einmal rote Zahlen geschrieben worden. In der Steuerausgleichskasse somit bereits genug Geld. Vor einem Jahr wurde hier klar signalisiert, dass CHF 60 Mio. genug seien, um die Stadt Zug über Engpässe zu bringen. Es bleibt also Raum für andere Projekte. Wie bei einer zerkratzten alten Platte muss man wieder feststellen, dass auch 2007 zu wenig investiert wurde, CHF 20 Mio. weniger als im Budget vorgesehen. Wenn man mit den Investitio-nen stur antizyklisch umginge, wie das oft gefordert wird, wäre das kein Problem, denn es herrscht momentan ja wirklich eine Boomzeit. Es bleibt darum nur zu hoffen, dass die Stadt Zug sich in mageren Jahren gleich verhalten und dafür mehr investieren wird. In-vestieren soll man aber nicht nur in Gebäude und Maschinen. Es fällt auf, dass in vielen Abteilungen der Verwaltung der Budgetposten für Fachausbildung nicht ausgeschöpft wurde. Diese Investitionen in Menschen sind lebenswichtig und fördern die Kompetenz und Effizienz, vor allem aber auch die Lust an der Arbeit. Bei dieser Gelegenheit möchte die Fraktion Alternative/CSP dem Stadtrat, der Verwaltung und allen städtischen Mitar-beitern Dankeschön sagen. Auch wenn die Steuern ohne ihr Dazutun fliessen, geben sie

der Stadt doch das freundliche Gesicht. Der direkte Zugang, die kompetente und stets freundliche Hilfsbereitschaft sind ein Markenzeichen von Zug, ein wichtiges. Gleichzeitig möchte Monika Mathers aber auch um Entschuldigung bitten, wenn die Verwaltung von Politikern nicht immer mit Samthandschuhen behandelt wird. Es muss frustrierend sein, wenn Vorlagen, an denen man monatelang gearbeitet hat, zerzaust oder sogar zurückgeschickt werden. Doch: es geht dem Rat ums Ganze, und alle versuchen auf ihre Weise, Zug weiter zu bringen. Ein spezielles Dankeschön gehört dem Finanzsekretär Andreas Rupp. Seit er am Ruder ist, sind Rechnung und Jahresbericht immer übersichtlicher und informativer gestaltet worden. In diesem Sinne beantragt die Fraktion Alternative-CSP Genehmigung von Rechnung und Jahresbericht 2007.

Barbara Hotz: Zum ersten geht der Dank der FDP-Fraktion an den Stadtrat und sämtliche Mitarbeiter der Verwaltung. Das einmal mehr sehr erfreuliche Rechnungsergebnis wird mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Man konnte von den über den Erwartungen liegenden Steuereinnahmen bei Privaten und Firmen profitieren; dies ist jedoch für einmal keine rein zugerische Begebenheit, sondern eine Entwicklung, die praktisch in der ganzen Schweiz festgestellt werden konnte. Zug konnte, wie alle anderen Gemeinden und Kantone auch, von der überdurchschnittlich guten wirtschaftlichen Lage profitieren. Dies wird von der FDP-Fraktion aber auch im Wissen zur Kenntnis genommen, dass man diesbezüglich ausserordentlich verletzlich ist. Die Einflussnahme auf die wirtschaftliche Lage gestaltet sich äusserst bescheiden, ist Zug doch stark von der gesamtschweizerischen, der europäischen und auch von der weltweiten Situation abhängig. Vorkommnisse, wie sie gegen Ende des Jahres 2007 und Anfangs 2008 aufgetreten sind, werden ihren Einfluss auf die Steuererträge in den kommenden Jahren zeigen. Einmal mehr muss hingegen zur Kenntnis genommen werden, dass die budgetierten Investitionen von CHF 40,5 Mio. nur etwas mehr als zur Hälfte realisiert worden sind. Der Investitionsstau in der Stadt Zug besteht wie eh und je! Da stellt sich doch die Frage, ob hier nicht in absehbarer Zeit ein „Bumerang“ treffen wird. Dann nämlich in dem Zeitpunkt, wenn die Steuererträge nicht mehr so grosszügig fliessen, ZFA/NFA-Zahlungen geleistet werden müssen, und die Investitionen dann dringend getätigt werden sollten. Am Ziel, vermehrt private potente Steuerzahler in der Stadt Zug anzusiedeln, sollte konsequent weiter gearbeitet werden. Auch an dieser Stelle gilt es zu betonen, dass private Personen weniger mobil als Firmen sind und deshalb für die langfristige Entwicklung der Zuger Steuererträge eine besondere Bedeutung erlangen. Da durfte die FDP-Fraktion heute in der Zeitung lesen, sie setze sich nur für die „Superreichen“ anstelle der Familien ein. Aber: Barbara Hotz hat eine Familie, sogar eine mit für schweizerische Verhältnisse überdurchschnittlich vielen Kindern. Und sie ist sich gerade deshalb der Verantwortung bewusst, dass sie sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen muss, dass die Infrastrukturkosten auch für die Kinder noch tragbar sein müssen. Barbara Hotz plant nicht nur für die Dauer ihres Lebens, ihr Blickwinkel muss darüber hinausgehen und gerade deshalb ist es ein „Muss“, dass man sich vehement dafür einsetzt, Zug auch für wohlhabende Personen attraktiv zu halten. So nimmt die FDP-Fraktion die Jahresrechnung und den Jahresbericht 2007 zur Kenntnis und dankt nochmals allen Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Hans Christen bringt eine kleine Korrektur zum Votum von Hugo Halter an: ZFA und NFA greifen ab 1. Januar dieses Jahres und nicht ab 1.1.2007. Die 6% NFA-Steuer, der gesamte Beitrag an den innerkantonalen Finanzausgleich, leistet die Stadt dieses Jahr. Die Rechnung 2008 wird der Rat in einem Jahr verabschieden.

### **Abschnittweise Beratung der Rechnung**

*Bericht und Antrag des Stadtrates (S. 3 - 8)*

Keine Wortmeldungen

*Hauptzahlen (S. 10)*

Keine Wortmeldungen

*Finanzkennzahlen 5-Jahresübersicht (S. 11)*

Keine Wortmeldungen

*Entwicklung der Selbstfinanzierung (S. 12)*

Keine Wortmeldungen

*Institutionelle Gliederung (S. 13)*

Keine Wortmeldungen

*Bilanz (S. 14-15)*

Keine Wortmeldungen

*Laufende Rechnung nach Sacharten (S. 16-17)*

Keine Wortmeldungen

*Übersicht Präsidial- und Finanzdepartement (S. 18)*

Keine Wortmeldungen

*Übersicht Bildungs- und Baudepartement (S. 19)*

Keine Wortmeldungen

*Übersicht Departement SUS (S. 20)*

Keine Wortmeldungen

## ***Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung***

### ***1. Präsidialdepartement (S. 21-24)***

Theo Iten zu *KST 1600, Kultur, Konto 30010, Kommissionen*: Auf den ersten Blick ist nichts Weltbewegendes zu sehen. Aber wenn man es genauer betrachtet, dann sind es 40% mehr, wo die Kulturkommission über ihr Ziel hinausgeschossen hat, und das ohne Begründung. Deshalb ist es angebracht, dass die CVP-Fraktion der Kulturkommission die gelbe Karte zeigt und auf eine Erklärung hofft.

Stadtpräsident Dolfi Müller ist froh, dass nicht gleich die rote Karte gezeigt wird! Der höhere Aufwand begründet sich mit der Anzahl Sitzungen, welche sich nach der Anzahl der eingereichten Gesuche richten. Zudem findet jährlich eine Strategiesitzung statt. Begründet werden muss aber die Abweichung in der Rechnung nicht, weil die Differenz unter CHF 10'000.-- liegt.

Martina Arnold zu *KST 1600: Kultur, Konto 36599: Nicht verrechnete Leistungen Werkhof*: Tatsächlich ist viel mehr ausgegeben worden als budgetiert war. Wofür ist dies bewilligt worden?

Stadtpräsident Dolfi Müller: Kreditüberschreitungen müssen grundsätzlich vom Stadtrat bewilligt werden. Hier handelt es sich um Leistungen, die nicht zu Geldausgaben führen, sondern interne buchhalterische Verschiebungen darstellen.

Stadtrat Hans Christen: Diese internen Verrechnungen sind grundsätzlich ein Unsinn, da sie die Bilanz verfälschen. Es fließt kein Geld. Grundsätzlich erübrigen sich daher bei internen Verrechnungen Fragen. Es lohnt sich nicht.

### ***2. Finanzdepartement (S. 25 - 33)***

Martina Arnold zu *KST 2210: Liegenschaften Finanzvermögen, Konto 31401: Unterhalt Hochbauten*: Die Budgetunterschreitung wird u.a. mit der Nichtrealisierung der Scheune Bröchli (Kosten CHF 120'000.--) begründet. Warum wurde diese Scheune nicht realisiert und wann ist das vorgesehen?

Stadtrat Hans Christen: Die Scheune befindet sich ausserhalb der Bauzone. Die Bewilligung des Kantons steht noch aus.

Martina Arnold zu *KST 2860: Energie und Umwelt, Konto 36624: Förderung erneuerbare Energie*: Es zeigt sich jedes Jahr die gleiche Situation: budgetiert wird viel mehr als tatsächlich ausgegeben wird. Begründet wird dies mit nur wenigen Gesuchen. Im Jahresbericht ist zu lesen, dass 22 Projekte Privater finanziell unterstützt wurden. Somit beträgt der durchschnittliche Beitrag gerade mal knapp CHF 2'300.--. Lohnt sich der ganze administrative Aufwand für den Gesuchsteller überhaupt bei einem so kleinen

Zustupf? Ist das eventuell der Grund für die kleine Zahl von Gesuchen? Wenn es dermassen unattraktiv ist, müsste allenfalls auch das Reglement geändert werden.

Stadtrat Andreas Bossard: Dieser Budgetposten von CHF 400'000.-- ist vom GGR beschlossen und aufgrund der Solarinitiative entstanden, als ein Teil der Konzessionseinnahmen der WWZ in einen Fonds fliessen mussten. Die Konzessionsbeiträge wurden in der Folge abgeschafft, weshalb der GGR die damalige Million auf CHF 400'000.-- reduzierte. Anfänglich wurde dieser Betrag mit dem alten Energiereglement jeweils massiv überschritten. Nach der Anpassung des Energiereglementes zeigt sich nun, dass zu wenig Mittel fliessen können. Der Stadtrat ist zurzeit mit der Anpassung dieses Reglemente beschäftigt. Es sollte noch dieses Jahr möglich sein, dass vermehrt Gelder für diesen Zweck ausgegeben werden können.

Ivo Romer, Präsident GPK: Seitens des Stadtrates wurde das neue Reglement für Herbst 2008 versprochen. Es ist daher müssig, jetzt über GGR-Beschlüsse zu diskutieren, die so zu budgetieren sind. Es ist aber richtig und angezeigt, das Energiereglement an die Hand zu nehmen, damit ihm auch entsprechend Rechnung getragen werden kann.

### *3. Bildungsdepartement (S. 34 - 43)*

Keine Wortmeldungen

### *4. Baudepartement (S. 44 - 47)*

Keine Wortmeldungen

### *5. Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 48 - 53)*

Keine Wortmeldungen

### ***Investitionsrechnung (S. 54 - 58)***

Keine Wortmeldungen

### ***Abgerechnete Verpflichtungskredite (S. 59 - 60)***

Keine Wortmeldungen

### ***Anhang zur Jahresrechnung 2007 (S. 61 - 68)***

Keine Wortmeldungen

### ***Liegenschaftsverzeichnis per 31.12.2007 (S. 69 - 76)***

Keine Wortmeldungen

### ***Jahresbericht***

Keine Wortmeldungen

## **Beratung des Beschlusses**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Stefan Hodel erklärt so beschlossen.

## **Schlussabstimmung:**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR der Vorlage des Stadtrates mit 36:0 Stimmen einstimmig zu.

**B e s c h l u s s** des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1474  
betreffend Jahresrechnung und Jahresbericht 2007

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1965 vom 8. April 2008:

1. Die Jahresrechnung und der Jahresbericht 2007 werden genehmigt.
2. Die Abrechnungen der in der Jahresrechnung auf Seite 59 aufgeführten 27 Verpflichtungskredite mit einem Gesamtkredit von CHF 15'807'453.30 und Bruttoaufwendungen von CHF 14'971'502.20 werden genehmigt.
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er ist im Amtsblatt des Kantons Zug zu veröffentlichen und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse, Band 12, aufzunehmen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 4. Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2007

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1970

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1970.1

Ivo Romer, Präsident GPK: Die GPK unterstützt grossmehrheitlich, wenn auch nach intensiver Diskussion, den Antrag des Stadtrates über die Überschussregelung der laufenden Rechnung 2007. Auch wenn man relativ phantasielos bezüglich der Überschussverwendung mit dem Stadtrat einig ist, sind die GPK-Mitglieder überzeugt, dass ganz phantasievolle Anträge hier im Rat folgen werden, wie der Ertragsüberschuss den Steuerzahlenden der Stadt Zug zurückgegeben bzw. in welcher Form er auf die hohe Kante zu stellen sei. Konservativ und langweilig sein ist das Eine, stabilisierend in die Zukunft wirken ist sicher ein, wenn auch nicht sonderlich kreatives Moment, das mit Ausblick auf die Rechnungen 2008 und später mit entsprechenden Auswirkungen der Mehrbelastungen durchaus gemacht werden darf. Die Diskussion, ob und in welcher Form überhaupt die Verwaltungsmitarbeitenden an diesem Überschuss überhaupt teilhaben sollen, kann stundenlang diskutiert werden. Die Verwaltung arbeitet effizient und gut. Der Dank aus den Fraktionen ist einhellig. Von daher ist der Vorschlag des Stadtrates auch gerechtfertigt, die Mitarbeitenden in dieser Form zu unterstützen. Auch hiezu gibt es von der GPK keine negativen Anmerkungen. Damit möchte nun Ivo Romer den Reigen der Diskussionen und kreativen Anträge eröffnen.

Urs Bertschi: Die SP-Fraktion nimmt von der Jahresrechnung zustimmend Kenntnis. Sie dankt dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden der Stadt für den sorgfältigen Umgang mit den Steuergeldern und den gleichwohl sehr effizienten Dienstleistungen. Das in sie gesetzte Vertrauen haben sie alle voll erfüllt. In teilweiser Abweichung vom stadträtlichen Antrag zur Verwendung des Ertragsüberschusses der laufenden Rechnung 2007 stellt die SP-Fraktion den Antrag, es seien grundsätzlich alle Positionen im stadträtlichen Antrag zu übernehmen, wobei die Einlage in den Steuerausgleich um CHF 15 Mio. zu reduzieren sei. Mit diesen CHF 15 Mio. sei eine Rückstellung für eine aktive Land- und Liegenschaftspolitik zu bilden. Das Thema Wohnungsnot und zahlbare Wohnungen hat längst den vermeintlichen Mief eines linken Anliegens verloren. Auch die bürgerlichen Parteien haben langsam aber sicher erkannt, dass auch für ihre Clientèle in diesem zentralen Thema Handlungsbedarf gegeben ist. Mit der Einzonung von 20'000 m<sup>2</sup> für Einfamilienhausbau ist es nicht getan, denn selbst in der gutbürgerlichen Wählerschaft kommt man bei den zugerischen Boden- und Liegenschaftspreisen langsam ans Limit. So dürfte es also einleuchten, dass sich die öffentliche Hand langsam aber sicher als Player auf dem zugerischen Land- und Liegenschaftshandel etablieren muss. Die Stadt kann hier eine leicht andere Rolle einnehmen als beispielsweise die Wohnbaugenossenschaften und die Korporation. Allen aber ist und wird gleich sein, dass sie sich für preisgünstigen und sozialverträglichen Wohnungsbau einsetzen, dass sie damit kostbaren Wohnraum effektiv der Spekulation der privaten Marktteilnehmer entzieht. Nur wenn

es in der Stadt Zug gelingt, auch einen sozialverträglichen Wohnungsmarkt zu etablieren, wird man die totale soziale Entmischung verhindern können. Insofern muss es im Interesse aller liegen, der Stadt diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie die ihr zugeordnete Rolle inskünftig wahrnehmen kann.

Martina Arnold: Anhand der Rechnung 2007 stellt man fest: Der Stadt Zug geht es gut, sehr gut, zu gut, weist sie doch im 2007 einen Ertragsüberschuss von über CHF 62 Mio. aus! Somit muss oder besser gesagt darf oder kann man die Frage stellen: Was geschieht mit diesem überschüssigen Geld der Zuger Steuerzahler? Die CVP-Fraktion ist mit den Vorschlägen des Stadtrats grundsätzlich einverstanden. Im Hinblick auf die kommende Mehrbelastung für NFA und ZFA in der Rechnung 2008 scheint es sinnvoll, nochmals CHF 30 Mio. in die Steuerausgleichsreserve einzulegen. Mit dem Betrag von CHF 330'000.-- zur Anerkennung für das städtische Personal ist die CVP-Fraktion einverstanden. Aus der Jahresrechnung 2007 ist ersichtlich, dass sich die städtischen Angestellten vorbildlich an das vorgegebene Budget gehalten und eine kleine Anerkennung für ihre erbrachten Leistungen in Form eines Pro Zug-Gutscheines verdient haben. Damit profitiert auch das Zuger Gewerbe. Die CVP-Fraktion befürwortet auch die Rückstellung für kulturelle Projekte, ebenso die bei positivem Rechnungsabschluss traditionelle Hilfeleistung im In- und Ausland. Dass der Stadtrat solche Hilfsgelder sorgfältig, sinnvoll und wohl überdacht ausgibt, entnimmt man dem Jahresbericht 2007, Seite 50, wo die Projekte für das In- und Ausland detailliert aufgeführt sind. Stimmt der GGR dem Vorschlag für die Verwendung des Ertragsüberschusses zu, bleiben immer noch über CHF 862'000.-- im freien Eigenkapital! Um nicht ideen- und phantasielos zu sein, kommt Martina Arnold noch mit einem persönlichen Anliegen: Alle Ratsmitglieder haben am letzten Samstag im grossen Umschlag der Gemeinderatspost den Jahresbericht der Tagesheime Zug erhalten. Im Begleitbrief, den hoffentlich alle gelesen haben, stehen zwei Fragen, die nachdenklich gestimmt haben. Zitat: „Wussten Sie, dass wir im 2007 zu 101.1% ausgelastet waren? Wussten Sie, dass rund 140 Kinder auf einen Betreuungsplatz bei uns warten?“ (Zitatende). Eigentlich wissen es doch alle, dass es in der reichen Stadt Zug viel zu wenig Betreuungsplätze für Kleinkinder gibt und die Nachfrage dafür stetig steigt. Nun, die Tagesheime Zug beabsichtigen, ab Sommer 2008 das Platzangebot um 9 Plätze zu erhöhen. Das ist nicht gratis zu haben. Martina Arnold stellt deshalb den Zusatzantrag: Aus dem Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung 2007 sollen CHF 100'000.-- für die Tagesheime Zug verwendet werden. Die Tagesheime Zug sind seit Jahrzehnten ein wichtiger Bestandteil der Familienpolitik und aus der Stadt Zug nicht mehr wegzudenken. Martina Arnold bittet um Unterstützung dieses Antrages, damit die Stadt Zug nicht nur einen attraktiven Steuerfuss, attraktive Sport- und Kulturangebote hat, sondern auch ein attraktives Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung.

Marianne Zehnder: Auch dieses Jahr kann die Stadt Zug wieder einen grossen Überschuss an Steuererträgen ausweisen. Wie der Stadtrat im Bericht schreibt, werden seit über 20 Jahren bei positiven Ergebnissen, Rückstellungen für Hilfeleistungen vorgenommen. Das weiss die Fraktion Alternative-CSP zu würdigen. Trotzdem möchte sie beliebt machen, ihren Antrag auf zusätzliche CHF 500'000.-- zu Gunsten des Welternäh-

rungsfonds zu unterstützen. Die Lebensmittelpreise der Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt sind in den vergangenen Monaten geradezu explodiert: Mais wurde im Vergleich zum Vorjahr um zwei Drittel teurer, Reis gar um 75 %. Die Folgen davon treffen zu allererst die ärmsten Menschen auf der Welt. Ihre Verzweiflung hat bereits zu eigentlichen Revolten von Hungrigen geführt. In Haiti haben Menschen offenbar aus purer Verzweiflung und zur Betäubung ihres Hungers mittlerweile begonnen, mit Butter vermischte Lehmkuchen zu essen. Unsere Augen dürfen sich nie an solche Bilder gewöhnen. Nachdem sich praktisch alles, was essbar ist, in Spirit umwandeln lässt, entsteht eine neue, fatale Konstellation: Je höher die Ölpreise, umso attraktiver werden Agrotreibstoffe. Die Reichen fahren Auto und lassen den Armen nicht genug Nahrungsmittel zum Überleben. Auf weltweit immer mehr Land wird anstelle von Essen für die Menschen, Nahrung für die Autos des Westens angebaut. Alleine für die Produktion von einem Liter Ethanol braucht es 4000 Liter Wasser. Und aus 200 Kilo Mais können entweder 50 Liter Benzin produziert oder ein Mensch ein ganzes Jahr lang gut ernährt werden. Aber nicht nur der forcierte Anbau von Agrotreibstoffen lässt immer mehr Menschen hungern, auch die liberalisierten Agrarmärkte, die klimabedingten Missernten, der steigende Ölpreis und der weltweit erhöhte Fleischkonsum sind ursächlich an dieser Katastrophe mitbeteiligt. Vor einem Jahr prägte der Klimawandel die öffentliche Diskussion weltweit. Nun, ein Jahr später, ist der internationale Agrarforschungsbericht der UNO erschienen, welcher besagt, dass die herkömmliche industrielle Landwirtschaft, in welcher ein Fünftel der Erträge wieder in Pestizide, Dünger und Maschinen gesteckt werden muss, für nicht zukunftstauglich gilt. Die 400 Wissenschaftler fordern eine globale Agrarwende, um Hunger, soziale Ungerechtigkeiten und Umweltkatastrophen in Zukunft besser bekämpfen zu können. Doch man braucht sich nichts vorzumachen: der Widerstand gegen entsprechende Massnahmen wird riesig sein, denn längst sind Essen, Boden, Saatgut und Ressourcen zum Spielball globaler wirtschaftlicher Interessen geworden. Auch der Fraktion Alternative-CSP ist bewusst: all diese Probleme müssen national und international angepackt werden. Und trotzdem: Der Welternährungsfonds braucht sofort CHF 700 Mio. mehr, um gleich viel Nahrungsmittel zu verteilen wie 2007. Derzeit sind mehr als 840 Millionen Menschen auf der Welt nicht ausreichend mit Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser versorgt. Fast jeder siebte Mensch auf der Erde verfügt nicht über ausreichend Nahrungsmittel, um ein gesundes und aktives Leben zu führen. Hunger und Unterernährung zählen zu den grössten Bedrohungen der Gesundheit weltweit – mehr als AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen. Zehn Millionen Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen des Hungers. Jeden Tag sterben ca. 24.000 Menschen an Hunger und seinen Folgen, Das sind 16 Menschen pro Minute – davon sind 10 Kinder noch nicht einmal 5 Jahre alt. Angesichts dieser Dimensionen haben Zugerinnen und Zuger, die noch nie Hunger erleiden mussten, geradezu eine moralische Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Mitmenschen in Not zu helfen. Die Stadt Zug kann hier und heute einen kleinen Beitrag leisten, indem sie ein Zeichen setzt und CHF 500'000.-- ihres Überschusses als Soforthilfe dem Welternährungsfond überweist. Nicht nur weil es den Zugerinnen und Zugern wirtschaftlich so gut geht, sondern auch weil in Zug einige Firmen an den hohen Nahrungsmittelpreisen verdienen und wahrscheinlich auch spekulativ zu den Preiserhöhungen beitragen – und die Stadt Zug

indirekt so auch von den Hungernden profitiert. Die Fraktion Alternative-CSP möchte dem Rat aber auch noch einen 2. Antrag unterbreiten – nicht einen „fantasievollen“ – wie der GPK-Präsident in seinem Bericht etwas despektierlich schreibt – sondern einen konsequenten – denn sie hat den Gedanken des Stadtrates und der GPK zu Ende gedacht: Die Fraktion Alternative-CSP unterstützt den Antrag des Stadtrates, dem Personal eine Anerkennung in Form von Warengutscheinen von Pro Zug zukommen zu lassen. Sie geht auch mit der GPK einig, dass der Ertragsüberschuss den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Stadt Zug gehört. Rund die Hälfte der Steuererträge werden durch die natürlichen Personen generiert ergo „gehört“ ihnen auch die Hälfte des Ertragsüberschusses. Die Fraktion Alternative-CSP beantragt darum, auch die Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zug in den Genuss solche Gutscheine kommen zu lassen. Die detaillierte Ausführung dieses in der Ausführung sicher nicht ganz einfachen Auftrags kann sicher dem Stadtrat überlassen werden, denn sicher schätzt auch der Finanzchef anspruchsvolle Herausforderungen. Die Fraktion Alternative-CSP kann sich vorstellen, dass die Abgabe der Gutscheine nach dem Holprinzip funktioniert. Der Gegenwert nicht abgeholter Gutscheine soll angesichts der vorhin geschilderten Welternährungssituation ebenfalls in den Welternährungsfonds einfließen.

Barbara Hotz: Selbstverständlich könnten nun lange Diskussionen gestartet werden, was mit dem Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung im Betrag von CHF 32Mio. alles unterstützt werden könnte. Dass die FDP-Fraktion den Antrag der SP-Fraktion nicht unterstützen wird, sei an dieser Stelle bereits vorausgeschickt. CHF 15 Mio. Rückstellung für Land- und Wohnbaupolitik gehört nie zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Dass das Thema der FDP-Fraktion die Subjektförderung ist, hat sie in diesem Rat schon verschiedentlich gefordert. Nur damit kann der Ghettoisierung entgegengewirkt werden. Und nur damit ist man wirklich sozial. Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Stadtrates, möchte jedoch darauf hinweisen, dass in früheren Jahren der Betrag für Rückstellungen für kulturelle und sportliche Projekte jeweils hälftig vergeben worden ist. An dieser Praxis würde die FDP-Fraktion gerne auch in Zukunft festhalten, um nicht diese beiden Bereiche gegeneinander auszuspielen. Sport und Kultur sollen nebeneinander und gleichberechtigt Platz haben, wie das auch bei den Hilfeleistungen im In- und Ausland der Fall ist. Die FDP-Fraktion sieht zwar, dass in der letzten Zeit vermehrt grosse Beträge in den Sport investiert wurden, dennoch würde sie die Aufteilung der CHF 500/m je zur Hälfte auf Sport und Kultur begrüssen. Wären keine Anträge zur Abänderung der Gewinnverwendung gekommen, hätte die FDP-Fraktion auf einen Antrag verzichtet und es beim protokollierten Einwand belassen. So stellt sie aber den folgenden Antrag: Die Rückstellung für kulturelle Projekte im Betrag von CHF 500'000.-- sei hälftig aufzuteilen:

Rückstellung für kulturelle Projekte	CHF 250'000.--
Rückstellung für sportliche Projekte	CHF 250'000.--

Manuel Brandenburg: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Stadtverwaltung, insbesondere beim Finanzdepartement, für die guten Zahlen und die dahinter steckende Arbeit. Das ist sehr wichtig, um Zug weiter zu bringen. Wichtig ist auch, die Leistung des Personals anzuerkennen. Dies tut auch die SVP-Fraktion. Trotzdem kann die vorgeschlagene finanzielle Untermauerung dieser Anerkennung nicht unterstützt werden. Wenn die SVP-Fraktion anschliessend den Antrag stellt, dieses Geld dem Personal nicht zur Verfügung zu stellen, geschieht dies aus grundsätzlichen Gründen. Das Geld gehört weder dem Stadtrat noch dem GGR, sondern den Steuerzahlern, welche aufgrund von Zwangsabgaben und gesetzlichen Normen das Geld bezahlt haben. Es ist daher im völligen Unterschied zu einem privaten Unternehmen nicht am GGR, festzulegen, was mit diesem Geld geschieht. In einem privaten Unternehmen kann natürlich der Unternehmer seine Mitarbeitenden entlohnen. Es ist sein eigenes Geld. Das ist hier nicht der Fall. Die SVP-Fraktion beantragt daher, auf diese Anerkennung in Form von Gutscheinen an das Personal der Stadt zu verzichten. Mit einem Eventualantrag beantragt die SVP-Fraktion, das Geld bar auszubezahlen und nicht in Form von Gutscheinen, sind doch bei diesen Pro-Zug-Geschäften nicht alle Unternehmen der Stadt Zug involviert. Damit werden Nichtmitglieder von Pro Zug diskriminiert. Wenn das Personal das Geld bar erhält, kann Jeder und Jede damit machen, was er/sie will - unter Umgehung oder Berücksichtigung von Pro Zug. Bezüglich Hilfeleistung im In- und Ausland hat die SVP-Fraktion ebenfalls eine abweichende Position. Dies nicht aus Prinzip, sondern mit guten Gründen: Vor einem Jahr hat Hugo Halter einen Antrag zur Unterstützung der Unwetter in Einsiedeln gestellt. Der Stadtrat hat festgestellt, dass diese Unterstützung nicht nötig sei, da diese Schäden alle versichert seien. Da sicher alles ebenfalls versichert ist, ist die Fraktion der SVP gegen die Leistungen bezüglich Hilfeleistungen im Inland. Auslandshilfe ist Sache der Schweiz oder allenfalls des Kantons, nicht aber der Stadt Zug. Die Schweiz leistet genug Entwicklungshilfe für gute und auch für weniger gute Projekte. Aus diesem Grund beantragt die SVP-Fraktion, auch auf diese Hilfeleistung zu verzichten, d.h. die Hilfeleistung im In- und Ausland zu streichen. Die SVP-Fraktion beantragt, die Rückstellung für kulturelle Projekte zu streichen und diesen Betrag vollumfänglich gegen den Welthunger einzusetzen, jedoch wenn irgendwie möglich unter Umgehung der Uno und durch Unterstützung konkreter Projekte, welcher der Stadtrat auswählen kann.

Ivo Romer, Präsident GPK, bittet zu bedenken, dass Finanzkompetenzen bestehen. Vorschläge, wie diejenigen der Fraktion der Alternative-CSP wären dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Stadtrat Hans Christen nimmt zu den verschiedenen Anträgen aus dem GGR Stellung:

- Antrag Martina Arnold (einmalige Unterstützung für Tagesheime von CHF 100'000.--): Letztes Jahr wurde der Verein Tagesheim mit CHF 2,043 Mio. unterstützt. Ein Jahr vorher betrug die Unterstützung CHF 1,85 Mio. Mit den beantragten CHF 100'000.-- würde nur die Jahresrechnung des Vereins Tagesheimes beschönigt. Sehr viel Sinn macht dieser Antrag nicht. Wenn ein konkretes Projekt für ein weiteres Tagesheim zur Debatte steht, ist der Stadtrat der erste, welcher dieses

Projekt verfolgen würde. Ein mittelfristiges Projekt liegt bereits in der Pipeline, indem im Alterszentrum Frauensteinmatt ein Tagesheim eingerichtet werden soll. Das geht zulasten der städtischen Rechnung. Die Unterstützung des Vereins Tagesheim mit CHF 100'000.-- wäre eine schöne Geste, aber es wird damit nur die Jahresrechnung aufpoliert. Die Stadt hat mit dem Verein einen Leistungsauftrag abgeschlossen. Es kann daher nicht sein, ausserhalb dieses Leistungsauftrages noch zusätzliche Unterstützung zu leisten. Da müssten andere Institutionen ebenfalls mit entsprechenden Beiträgen unterstützt werden, um die Rechtsgleichzeit zu wahren.

- Antrag Marianne Zehnder für CHF 500'000.-- in den Welternährungsfonds: Ein ähnlicher Antrag ist von Manuel Brandenburg gestellt worden. Es bleibt dem GGR überlassen, darüber zu befinden. Zum Antrag von Marianne Zehnder bezüglich Gutscheine für die Bevölkerung von Zug: Ivo Romer hat Recht: Beiträge von mehr als CHF 5 Mio. bedingen eine Volksabstimmung. Zu bedenken ist auch, dass zirka 30% der Bevölkerung keine Steuern bezahlen.
- Antrag Manuel Brandenburg: Bei den Hilfeleistungen im Inland geht es nicht um Schäden, welche durch Versicherungen abgedeckt sind. Die Stadt Zug unterstützt aus dieser Rückstellung sehr viele Projekte in der Schweiz (z.B. Schulhausrenovations im Jura, Kanalisationserneuerung usw.). Diese Beiträge werden mit der Patenschaft für Berggemeinden jeweils geklärt. Bevor die Patenschaft nicht zustimmt, bezahlt die Stadt Zug nichts. Zudem bezahlt die Stadt Zug nur einen Beitrag, wenn der betreffende Kanton sich ebenfalls finanziell beteiligt. Mit der Auslandhilfe werden auch Projekte der Hilfsorganisationen unterstützt, die durchaus Sinn machen.

Marianne Zehnder: Der Fraktion Alternative-CSP geht es bei ihrem Antrag nicht um irgendwelche Gerechtigkeiten. Im schweizerischen System ist es immer wieder der Fall, dass Personen von einer Einrichtung profitieren können, welche sich daran nicht finanziell beteiligt haben. Die Volksabstimmung würde sehr gerne durchgeführt, ist man doch überzeugt, grosse Chancen für einen positiven Ausgang zu haben. Volksabstimmungen werden auch für deutlich kleinere und weniger wichtige Themen durchgeführt (z.B. Friedensrichterwahlen).

Stadtpräsident Dolfi Müller: Die FDP-Fraktion hat die Thematik der Gleichbehandlung der Kulturrückstellung mit dem Sport ins Spiel gebracht. Stadtpräsident Dolfi Müller schlägt im Einverständnis mit dem Stadtrat vor, je CHF 500'000.-- zulasten des freien Eigenkapitals für Kultur und Sport einzusetzen. Die Kulturrückstellung ist für besondere Zwecke und Unerwartetes, Hochstehendes vorgesehen. Jedes Jahr werden die Entnahmen budgetiert. Seit 1996 besteht die Kulturrückstellung und wird in einigen Jahren abgebaut. Dann wäre sie wieder neu zu öffnen. Anders ist die Situation bei der Rückstellung für Sport: Sie stagniert auf hohem Niveau und weist jeweils ein Guthaben von ca. CHF 500'000.-- auf. Die CHF 500'000.-- werden für die kulturelle Rückstellung benötigt, jedoch hat der Stadtrat nichts dagegen, wenn auch noch CHF 500'000.-- für Sport zurückgestellt werden. Der Stadtrat vertritt aber ganz klar die Meinung: Kultur und

Sport darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Sport hat aber die Unterstützung im Moment einfach etwas weniger nötig.

Martin Eisenring hat ein gewisses Verständnis für die Ausführungen von Manuel Brandenburg: Es ist richtig, dass dem Personal eine Anerkennung gewährt wird. Wichtig ist aber, festzustellen, dass der Ertragsüberschuss nicht aufgrund guter Leistungen des städtischen Personals erbracht wurde und nicht eine Wertschöpfung innerhalb der Verwaltung stattgefunden hat. Grund ist der Steuerzahler, und das muss ganz klar zum Ausdruck gebracht werden. Wie Martina Arnold ausgeführt hat, besteht in der Stadt Zug ein grosser Bedarf für Tagesheime und eine lange Warteliste. CHF 100'000.-- wären nicht nur ein Tropfen auf einen heissen Stein, sondern damit könnten einige zusätzliche Plätze unmittelbar geschaffen werden. Heute warten 140 Kinder auf einen Platz. Anders als bei anderen sozialen Institutionen stellen die Tagesheime eine Investition in die Zukunft dar. Oftmals gehen die Mütter zu der Zeit, wenn sich die Kinder im Tagesheim aufhalten, einer beruflichen Tätigkeit nach und schaffen damit einen zu versteuernden Wert. Das Geld wird also nicht einfach nur ausgegeben, sondern es wird wieder investiert und führt zu einem Rückfluss in die Staatskasse. Martin Eisenring ist daher nicht nur aus sozialen, sondern auch aus fiskalischen Aspekten für diese Investition und ersucht um Unterstützung.

Stefan Moos ist grundsätzlich auch für soziale Zwecke, auch für das Tagesheim. Es gilt aber zu beachten, dass diese Dienstleistungen auch von einigen privaten Organisationen angeboten werden. Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, dass auch bei solchen Dienstleistungen ein Wettbewerb herrscht, weshalb die Unterstützung auch unter den privaten Dienstleistern verteilt werden müsste. Daher lehnt die FDP-Fraktion den Antrag ab, einzig dem Verein Tagesheim diese Unterstützung zu gewähren.

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat ist bereit, den Antrag Urs Bertschi, CHF 15 Mio. für die aktive Land- und Liegenschaftspolitik zurückzustellen, entgegenzunehmen.

Barbara Stäheli: Das Personal hat tatsächlich nicht aktiv den Überschuss erwirtschaftet. Tatsache ist aber, dass die Einwohnerzahl der Stadt Zug stetig steigt, andererseits jedoch eine Stellenplafonierung besteht. Mit der Arbeit leistet das Personal Viel und Grosses. Es wäre daher nichts als anständig, wenn der GGR diesen Beitrag unterstützen könnte.

Stadtrat Hans Christen: Es ist richtig, dass für die Steuereinnahmen die Steuerzahler verantwortlich sind. Für das Einhalten des Budgets ist das Personal der Stadt Zug zuständig. Das wurde rigoros durchgeführt. CHF 330'000.-- stellen im Verhältnis zum Überschuss ein kleines Dankeschön an das Personal dar. Dieser Antrag darf daher durchaus unterstützt werden.

Manuel Brandenburg gibt zu bedenken, dass dem Personal in den schlechten Jahren, welche bis vor zwei Jahren bestanden, auch keine Abzüge vom Lohn getätigt wurden.

Also gibt es auch keinen Grund, bei einem Überschuss eine Entschädigung zu geben. Das ist nicht ganz logisch.

Monika Mathers: Auch wenn Manuel Brandenburg theoretisch Recht hat, trifft es zu, dass die Stadt Zug deutlich mehr wächst als die Zahl der Mitarbeitenden. Wer aber auch darunter leidet, ist die ganze Bevölkerung. Das beginnt mit teureren Mieten und den allgemein höheren Lebenskosten. Das Leben in Zug ist grundsätzlich teurer als andernorts. Wenn die Steuern auf die hohe Kante gelegt werden, gehen sie nicht zurück an die heutigen Steuerzahlenden, welche dann vielleicht schon längst wieder weggezogen sind. Das Geld soll also so zurückgegeben werden, wie es auch gebraucht würde: Strassen werden von allen genutzt, Schulen sind für alle, usw. Warum soll also nicht allen etwas zurückgegeben werden?

### **Beratung des Beschlussesentwurfes**

Zu Titel und Ingress erfolgen keine Wortmeldungen

Ratspräsident Stefan Hodel erklärt so beschlossen.

#### Ziff. 1:

Simone Gschwind beantragt eine Rückstellung von CHF 100'000.-- für die Schaffung von Krippenplätzen, unabhängig welcher Institutionen.

Martina Arnold zieht ihren Antrag zugunsten des Antrages von Simone Gschwind zurück.

Ivo Romer, Präsident GPK: Vor Jahren hat der GGR begonnen, mit der bestehenden „Kässelipolitik“ aufzuräumen. Was passiert heute Nachmittag? Es werden wieder neue Kässeli gebildet! Andererseits werden heute Anträge gestellt, die zwar durchaus unterstützenswert sind, jedoch aufgrund jahrelanger Erfahrung über Gesuche an den Stadtrat auch direkt an diese Institutionen gelangen können. Wenn die Institutionen die Finanzkompetenzen des Stadtrates ausnutzen wollen, kommen sie vielleicht weiter als das, was heute beschlossen werden soll. Ivo Romer ersucht die Fraktionen für das nächste Jahr, falls wieder ein Überschuss zur Verteilung ansteht, ihren Input vielleicht auch ihren GPK-Mitgliedern mitzugeben, damit gewisse Diskussionen vielleicht im Vorfeld etwas intensiver geführt werden können.

Stadtrat Hans Christen zum Eventualantrag der SVP-Fraktion: Die Entschädigung an das Personal mit CHF 500.-- bar auszubezahlen, ist nicht praktikabel. Eins solcher Beitrag wäre AHV-pflichtig, also müsste hierüber noch eine separate Lohnabrechnung erstellt werden. Die Auszahlung müsste daher bargeldlos über die Lohnabrechnung erfolgen.

Manuel Brandenburg ergänzt diesen Antrag, dass dieser Beitrag netto ausbezahlt wird und die Sozialleistungen zulasten der Stadt anfallen. Ein Gutschein wäre streng genommen auch Einkommen.

*Ziff. 1.1:*

Ratspräsident Stefan Hodel schlägt vor, über den Antrag der SVP-Fraktion, die In- und Auslandhilfe zu streichen, gegenüber dem Antrag der Fraktion Alternative-CSP, CHF 500'000.-- zu Gunsten des Welternährungsfonds vorzusehen, abzustimmen.

Ivo Romer, Präsident GPK: Nachdem nun die Möglichkeit besteht, über zwei Anträge abzustimmen, stellt sich die Frage, ob der obsiegende Antrag anschliessend demjenigen des Stadtrates bzw. der GPK gegenübergestellt wird.

Ratspräsident Stefan Hodel will zuerst darüber abstimmen ob die In- und Auslandhilfeleistung gestrichen werden soll. Anschliessend erfolgt die Abstimmung bezüglich zusätzlicher CHF 500'000.-- für den Welternährungsfonds.

**Abstimmung**

über den Antrag der SVP-Fraktion, die In- und Auslandhilfeleistung zu streichen:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 31 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 5:31 Stimmen den Streichungsantrag der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

**Abstimmung**

über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP, zusätzlich CHF 500'000.-- für den Welternährungsfonds zu sprechen:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP stimmen 13 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 23 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 13:23 Stimmen den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat. Der Antrag des Stadtrates ist demnach gutgeheissen.

*Ziff. 1.2:*

Barbara Hotz: Die FDP-Fraktion zieht ihren Antrag zugunsten des Antrages des Stadtrates, je CHF 500'000.-- zugunsten für Sport und Kultur zu sprechen, zurück.

**Dreifach-Abstimmung**

- über den ursprünglichen Antrag des Stadtrates für CHF 500'000.--
- über den neuen Antrag des Stadtrates für je CHF 500'000.-- für Kultur und Sport

- über den Antrag der SVP-Fraktion, zu streichen und dafür CHF 500'000.-- für Welthunger zu sprechen:

Für den ursprünglichen Antrag des Stadtrates stimmen 12 Ratsmitglieder, für den neuen Antrag des Stadtrates und der FDP-Fraktion stimmen 14 Ratsmitglieder, für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 9 Ratsmitglieder.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass keiner der drei Anträge das absolute Mehr erreicht hat, weshalb nun die beiden Anträge mit dem schlechteren Ergebnis einander gegenübergestellt werden.

#### **Abstimmung**

über den Antrag der SVP-Fraktion, diese Rückstellung zu streichen und dafür CHF 500'000.-- für den Welthunger zu sprechen, gegenüber dem ursprünglichen Antrag des Stadtrates:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 9 Ratsmitglieder, für den ursprünglichen Antrag des Stadtrates stimmen 26 Ratsmitglieder.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 9:26 Stimmen den Antrag der SVP-Fraktion abgelehnt und die ursprüngliche Variante des Stadtrates gutgeheissen hat.

#### **Abstimmung**

über den ursprünglichen Antrag des Stadtrates und der GPK gegenüber der neuen Variante des Stadtrates und der FDP-Fraktion:

Für den ursprünglichen Antrag des Stadtrates und der GPK stimmen 13 Ratsmitglieder, für die neue Variante des Stadtrates und der FDP-Fraktion stimmen 20 Ratsmitglieder.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 20:13 Stimmen der neuen Variante des Stadtrates und der FDP-Fraktion zugestimmt und die ursprüngliche Variante des Stadtrates abgelehnt hat. Somit sind als Rückstellung für Kultur und Sport je CHF 500'000.-- beschlossen.

#### *Ziff. 1.3:*

#### **Abstimmung**

- über den ursprünglichen Antrag des Stadtrates, CHF 30 Mio. in den Steuerausgleich
- über den der SP-Fraktion, CHF 15 Mio. als Rückstellung für aktive Land- und Liegenschaftspolitik vorzusehen
- über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP, CHF 500.-- an jeden Stadtbewohner auszubezahlen

Für den ursprünglichen Antrag des Stadtrates stimmen 23 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass mit 23 Jastimmen das absolut Mehr erreicht und der ursprüngliche Antrag des Stadtrates gutgeheissen ist.

*Ziff. 1.4:***Abstimmung**

über den Antrag des Stadtrates für die Anerkennung mittels Gutscheinen gegenüber dem Streichungsantrag der SVP-Fraktion:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 28 Ratsmitglieder, für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 4 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 28:4 Stimmen den Antrag des Stadtrates gutgeheissen und denjenigen der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

**Abstimmung**

über den Eventualantrag der SVP-Fraktion, den Betrag nicht in Form von Gutscheinen, sondern bar oder über die Lohnabrechnung auszubezahlen, gegenüber dem Antrag des Stadtrates, die Auszahlung in Form von Gutscheinen vorzunehmen:

Für den Eventualantrag der SVP-Fraktion stimmen 7 Ratsmitglieder, für den Antrag des Stadtrates stimmen 20 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 7:20 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, den Eventualantrag der SVP-Fraktion abgelehnt und somit den Antrag des Stadtrates gutgeheissen hat.

**Abstimmung**

über den Antrag von Simone Gschwind, CHF 100'000.-- für die Schaffung neuer Krippenplätze zurückzustellen:

Für den Antrag von Simone Gschwind stimmen 13 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 21 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 13:21 Stimmen den Antrag von Simone Gschwind abgelehnt hat.

Ziff. 1 ist somit wie folgt beschlossen:

-	1.1.	Hilfeleistung im In- und Ausland	CHF	500'000.--
-	1.2.	Rückstellung für Kultur	CHF	500'000.--
-	1.3.	Rückstellung für Sport	CHF	500'000.--
-	1.4.	Einlage Steuerausgleich	CHF	30'000'000.--
-	1.5.	Anerkennung für das Personal	CHF	330'000.--

- 1.6. Einlage in freies Eigenkapital CHF 362'175.41

Zu Ziff. 2 und 3 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Stefan Hodel erklärt so beschlossen.

### **Schlussabstimmung**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 29:5 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

**B e s c h l u s s** des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1475  
betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2007

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1970 vom 8. April 2008:

1. Der Überschuss der Laufenden Rechnung 2007 im Betrag von CHF 32'192'175.41 wird wie folgt verwendet:

1.1.Hilfeleistung im In- und Ausland	CHF	500'000.00
1.2.Rückstellung Kultur	CHF	500'000.00
1.3.Rückstellung Sport	CHF	500'000.00
1.4.Einlage Steuerausgleich	CHF	30'000'000.00
1.5.Anerkennung für das Personal	CHF	330'000.00
1.6.Einlage in freies Eigenkapital	CHF	362'175.41
  
2. Dieser Beschluss trifft sofort in Kraft. Er ist im Amtsblatt des Kantons Zug zu veröffentlichen und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse, Band 12, aufzunehmen.
  
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## **5. Streethockeyverein Oberwil Rebels: Ersatzplatz; Baukredit**

Dieses Traktandum ist gemäss Beschluss unter Traktandum 1 von der heutigen Traktandenliste abgesetzt worden.

## **6. Postulat von Manuel Brandenburg, SVP, vom 7. April 2008 betreffend Entfernung der Verkehrsschikanen und Wiedereinführung der Busbuchten auf der Zugerbergstrasse; Überweisung**

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf S. 508 f. des GGR-Protokolls Nr. 11 der Sitzung vom 6. Mai 2008.

Stadtrat Andreas Bossard: Bevor der GGR in die Diskussion eintritt, möchte der Stadtrat die Situation an der Bushaltstelle Oberwiler Kirchweg richtig darstellen. Dies hat er auch in der Interpellationsantwort zum gleichen Thema dargestellt. Die Papiere zur Interpellation und zur Interpellation der Interpellation sind dem GGR Ende Woche zugestellt worden. Es wird also nochmals eine Debatte zu diesem Thema geben. Heute geht es lediglich um dieses Postulat. Das Aufheben der Busbuchten wird dargestellt, als ob nun der Verkehr auf der Zugerbergstrasse massivst behindert würde. Das ist falsch. Der Stadtrat spricht von durchschnittlichen Haltezeiten des Busses von ca. 20 Sekunden, sofern der Bus überhaupt anhalten muss. Die Buslinie 11 verkehrt auf der Zugerbergstrasse im Viertelstundentakt. Es kann also sein, dass ein Autolenker, der zufällig hinter dem Bus fährt, 20 Sekunden verliert und bergwärts etwa 100 m hinter dem Bus herfahren muss. Denn bereits an der nächsten Haltestelle beim Hänibüel bleibt die Busbucht bestehen, und es kann überholt werden. Talwärts folgt nach etwa 150 m als nächste Haltestelle St. Michael, die seit je her eine Strassenhaltestelle ist. Hier muss sich der Verkehr ohnehin hinter dem Bus anstellen. Angesichts dieser Fakten kann schlicht und ergreifend nicht von massiven Verkehrsbehinderungen gesprochen werden. Der Stadtrat möchte festhalten: das Aufheben dieser Busbuchten wurde nicht von einem einzelnen Departement verfügt. Der Stadtrat hat nicht die Absicht, blindlings Busbuchten aufzuheben. Es geht hier um einen Einzelfall, bei dem der Stadtrat aus Sicherheitsgründen so entschieden hat. Das Departement SUS und das Baudepartement haben den Stadtrat mehrmals in den Prozess eingebunden, und der Stadtrat hat, wie gesagt, nicht politisch, sondern aus Sicherheitsüberlegungen entschieden. Nochmals die Gründe für diesen Entschluss: Es geht erstens um die Schulkinder der Gebiete Hofstrasse, Oberwiler Kirchweg und Fridbach, deren Schulweg über die Zugerbergstrasse führt. Und zweitens um 40 Schüler, welche mit dem Bus zur Schule fahren. Diese müssen alle bei der Haltestelle Oberwiler Kirchweg aussteigen und gelangen über die Institutstrasse zu den Schulen. Dies trifft auch für die Schüler der Heilpädagogischen Schule (HPS) zu. Hier kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen, weil jüngere Kinder aufgrund ihrer kognitiven Fähigkeiten die Geschwindigkeit von Fahrzeugen nicht richtig einschätzen können. Laut Aussagen der Schulleitung kommen auch 20 geistig behinderte Kinder und Jugendliche mit dem Bus zur Schule. Die Schule bietet für diese Kinder aus heilpädagogischen und finanziellen Gründen Bustrainings an. Es ist im Interesse der Stadt, dass möglichst viele dieser Kinder mit dem Bus zur Schule fahren können. Ein Buspass für ein Kind kostet CHF 414.--, ein Taxitransport CHF 4'700.-- pro Kind und Jahr. Selbständiges Busfahren ist ein wichtiger Teil der Selbstversorgung Behinderter. Diese Überlegungen der Schulleitung der HPS haben den Stadtrat bewogen, diese von Verkehrsplanern vorgeschlagenen Lösungen auch umzusetzen. In einem Mail bestätigt die Schulleitung:

„Wir begrüßen die beschlossenen Massnahmen sehr!“ Stadtrat Andreas Bossard hat eine Lehrerin einen Fall geschildert, der sich noch vor den baulichen Veränderungen ereignete und der typisch ist: Eine Schülerin sei von einem talwärts zu schnell fahrenden Auto auf dem Fussgängerstreifen gestreift worden. Das Kind kam mit einem Schrecken davon. Die Situation war sehr gefährlich, und es hätte leicht zu einem tragischen Unfall kommen können. Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass Autos ihre Geschwindigkeit verlangsamen. Was ist ein kleiner Zeitverlust von 20 - 30 Sekunden, der vielleicht alle Viertelstunden eintreten kann? Abgesehen davon wäre ein solcher Unfall auch für einen Autolenker oder eine Autolenkerin eine enorme psychische Belastung. Nochmals: Der Stadtrat ist nicht generell für die Aufhebung von Busbuchten. An der Zugerbergstrasse wurde deshalb nur diese eine für die Schulkinder kritische Busbucht aufgehoben. Der Direktor der ZVB, Hugo Berchtold, schreibt in einem Mail vom 23. April: „Unter Einbezug der Überlegung betreffend Verkehrssicherheit der Kinder verstehe ich den Entscheid des Stadtrates und werde diesen auch so intern und extern vertreten.“ Stadtrat Andreas Bossard denkt, dass alle nun ebenfalls verstehen, weshalb sich der Stadtrat für die Sicherheit der Kinder entschieden hat, und ist überzeugt, dass die Autolenkerinnen und Autolenker dafür Verständnis haben, wenn sie die Fakten kennen. Der Stadtrat ist daher gegen den Rückbau dieser eben abgeschlossenen Sicherheitsmassnahmen und ersucht, den Rat, das Postulat nicht zu überweisen.

Franz Akermann beantragt im Namen der SP-Fraktion, das Postulat nicht zu überweisen, und begründet dies wie folgt: Die Busbuchten sind bereits entfernt. Das Erstellen bzw. von Busbuchten liegt in der Kompetenz des Stadtrates, welcher dies mit der zu verbessernden Sicherheit von Schulkindern und weiteren Fussgängern bezüglich des zunehmenden Strassenverkehrs begründet. Wünschenswert wäre, wenn der Stadtrat in etwa drei Jahren über die gemachten Erfahrungen einen Bericht erstellen würde.

Manuel Brandenburg: Niemand kann etwas gegen Sicherheit haben, auch die Sicherheit für Kinder. Wie nun dieses Postulat mit Sicherheitsargumenten seitens des Stadtrates abgedonnert wurde, war schon etwas polemisch. Manuel Brandenburg fühlt sich etwas unfair behandelt. Auf dem Zugerberg, in der Schöneegg oder beim Bellevue wohnende Personen fühlen sich durch diese Warterei hinter dem Bus sehr eingeschränkt. Das sind die Busbuchten. Es gehen nicht nur alle 15 Minuten kleine Kinder über den Fussgängerstreifen. Mit dem Anhalten der Autos hinter dem Bus sind somit längst nicht alle Sicherheitsprobleme gelöst. Die restlichen 15 Minuten fahren schliesslich die Autos auch mit der hohen Geschwindigkeit durch. Diese Argumentation ist daher nicht völlig stringent. Die Verkehrsschikanen sind ein echtes Problem. Wenn beispielsweise an der Insel vorbei überholt wird, führt dies zu wirklich prekären Situationen. Das passiert aber tatsächlich. Der Stadtrat sollte die Gelegenheit haben, Bericht und Antrag zu erstatten. Dann liegt der von Franz Akermann geforderte Bericht vor. Von der Sache her ist die Überweisung durchaus vertretbar. Wenn der Bericht des Stadtrates vorliegt, kann das Thema immer noch ad acta gelegt werden. Manuel Brandenburg ersucht den Rat, das Postulat zu überweisen, könnte er sich doch vorstellen, dass die SVP-Fraktion dann auch andere Postulate überweist.

Stadtrat Andreas Bossard: Es ist richtig, dass nur alle 15 Minuten ein Bus kommt. Dieser hält sogar nur während 10 - 15 Sekunden. Um die Strasse optisch etwas zu verengen, sind die Busbuchten aufgehoben worden. Damit soll diese Strecke nicht mehr mit Spitzengeschwindigkeiten befahren werden. Wenn beim Fussgängerstreifen eine Mittellinse besteht, kann das Kind die Strasse bis zur Mitte überqueren, nochmals hinschauen und dann die zweite Strassenhälfte begehen. Die optische Verengung der Strasse führt automatisch zu angepassten Geschwindigkeiten. Ziel sollte sein, dass die meisten dort die bewilligten 50 km/h einhalten.

### **Abstimmung**

über den Antrag für Überweisung des Postulates Manuel Brandenburg:

Für den Antrag für Überweisung stimmen 20 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 15 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 20:15 Stimmen das Postulat Manuel Brandenburg betreffend Entfernung der Verkehrsschikanen und Wiedereinführung der Busbuchten auf der Zugerbergstrasse an den Stadtrat überwiesen hat.

## **7. Postulat Susanne Giger, SP, vom 10. April 2008 betreffend Galvanik; Überweisung**

Der Wortlaut des Postulats befindet sich auf S. 506 f. des GGR-Protokolls Nr. 11 der Sitzung vom 6. Mai 2008.

Karl Kobelt: Wo steht die Galvanik, diese für die Jugendkultur wichtigen Institution? Nach den abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Liegenschaftseigentümer zeichnet sich nun der weitere Fahrplan ab: Bis Ende dieses Jahres kann der Betrieb im Erdgeschoss der Galvanik fortgesetzt werden – vorbehältlich dieser Rat gibt die zweite Tranche des Betriebskredits frei. Danach will die IGGZ Galvanik unter dem Titel „Galvanik on Tour“ ihr Programm in anderen Kulturräumen der Stadt weiterführen. Das entsprechende Übergangskonzept wird diesem Rat im Herbst unterbreitet werden. Die Wiedereröffnung der rundum sanierten Liegenschaft im Choller ist für Herbst 2010 geplant. Das Postulat von Susanne Giger betrifft die Übergangszeit während der Sanierungsphase der Galvanik. Wie seitens der IGGZ verlautete, ist man noch daran, das Übergangskonzept zu erstellen. Fest steht, dass ein Galvanik-Provisorium im Kantonsspital auch für die IGGZ nicht in Frage kommt. Dies wäre zu arbeits- und zu geldaufwändig – zumal für nur anderthalb Jahre. Das machte die IGGZ deutlich. Dies bedeutet, dass das alte Kantonsspital höchstens als Übungsraum für die Bands oder allenfalls für Partys genutzt würde. Aus diesem Grunde setzt sich die IGGZ selber auch gar nicht aktiv für den Standort Kantonsspital ein. Dass es wünschbar ist, wenn Bands ungestört üben können, ist unbestritten. Doch nicht immer werden konkrete Lösungen des Stadtrats von Seiten der Bands auch goutiert, wie das jüngste Beispiel der ungenutzten Proberäume auf dem Siemensareal zeigt. Der entsprechenden Prüfung des Kantonsspitals steht nichts entgegen. Der Stadtrat soll indes Hand bieten zu allen sinnvollen Lösungen für Proberäume der Bands, nicht nur im Kantonsspital! Insofern ist das Postulat viel zu eng gefasst, rennt offene Türen ein, greift dem Übergangskonzept „Galvanik on Tour“ vor und ist aus diesen Gründen nicht zu überweisen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Ein Postulat ist auch eine sehr offene Einladung, etwas in die gewünschte Richtung zu unternehmen. Die Formulierung der ursprünglichen Motion sagt aus, dass die Stadt beim Kanton vorstellig werden soll, um etwas für Rasmataz zu erreichen. Entscheidend ist, dass sich Rasmataz und auch andere für ihre Projekte direkt beim Kanton vorstellig werden. Die Frage stellt sich höchstens, wie viel die Stadt dazu beitragen kann, da die Gebäude des Kantonsspitals nach wie vor im Eigentum des Kantons stehen. Wenn der Stadtrat nochmals Bericht erstatten soll, muss das Postulat überwiesen werden. Wenn das auf andern Wegen verfolgt werden soll, ist eine Überweisung nicht angezeigt.

### **Abstimmung**

über den Antrag für Überweisung gegenüber dem Antrag der FDP-Fraktion für Nichtüberweisung:

Für Überweisung stimmen 13 Ratsmitglieder, für den Antrag der FDP-Fraktion für Nichtüberweisung stimmen 23 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 13:23 Stimmen das Postulat nicht überwiesen hat. Das Postulat kann demnach als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.

## 8. Interpellation betreffend gleiche Löhne für Frauen und Männer

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 1973

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 459 f. des GGR-Protokolls 10 der Sitzung vom 18. März 2008.

Simone Gschwind dankt dem Stadtrat für die ausgedehnte Beantwortung ihrer Interpellation. Es ist erfreulich, dass einiges in diesem Zusammenhang unternommen wurde und wird und eine Arbeitsgruppe Chancengleichheit existiert. Dass das Geschlecht einer Person in keiner Hinsicht ein Kriterium für die Lohneinreihung darstellen kann (Frage 2) und Lohnunterschiede nur mit unterschiedlichen Anforderungen der Stellen, unterschiedlichen Fähigkeiten, Erfahrungen und Leistungen begründbar sein sollten (Frage 3), ist wichtig. Schade ist, dass die verschiedenen Resultate, auf die in der Antwort verwiesen wird, nicht umfassender kommuniziert worden sind. Denn z.B. als Resultat der „strukturellen Besoldungsrevision“ (Information an den GGR) war damals nur zu entnehmen, dass „die Ergebnisse der Arbeitsplatzbewertung gezeigt haben, dass sich das städtische und kantonale Gehaltssystem unter den gegebenen Bedingungen bezüglich Lohneinreihung als weiterhin zweckmässig anwendbar erweist“ (vgl. Antwort zur Frage 1). Das heisst aber noch lange nicht, dass es nicht zu Unterschieden gekommen sein könnte. Über die Analyse des seit 2007 eingeführten Lohnvergleichssystems PERSUISSE wurde nicht genauer informiert, im Jahresbericht fand es nicht mal Erwähnung. Dass die erste Analyse auf der Grundlage der Daten des Einführungsjahrs 2007 keine auffälligen Unterschiede der Löhne nach Geschlechtern zeigte und die Löhne der Frauen und Männer pro Funktion und Alterskategorie nahe beieinander lagen, wäre sicher auch positiv zu erwähnen gewesen und hätte doch auch mit Zahlenmaterial dargestellt werden können. Die Stadtverwaltung von Bern z.B. machte im Februar 2007 eine umfassende Medienmitteilung, da erstmals die Lohngleichheit in einer Verwaltung in der Schweiz unter die Lupe genommen wurde (mittels LOGIB). Resultat war, dass städtische Mitarbeiterinnen bei gleicher Voraussetzungen 2,8% weniger als ihre Kollegen verdienen. Es gilt also auch in Zug, weiterhin aktiv zu bleiben und ein Auge auf den Gleichheitsanspruch zu halten. Auch wenn mit dem 2007 eingeführten Lohnvergleichssystem belegt wurde, dass Lohnungleichheiten nicht systematisch vorhanden sind, braucht es weiterhin Kontrollen und ein Problembewusstsein für diese Thematik. Die Durchsetzung des Gleichheitsanspruchs ist nach wie vor nicht überall eine Selbstverständlichkeit, was ja auch die verschiedenen erwähnten Quellen belegen. Falls es zu einer Überprüfung der Löhne mit LOGIB kommen würde, bittet Simone Gschwind, die Resultate entsprechend zu kommunizieren.

Roger Hess beantragt Diskussion.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

Roger Hess: Es sagte der Clown zum Zirkusdirektor: "Bei diesem Lohn hört bei mir der Spass auf". Diese Aussage der Schweizer Autorin und Lyrikerin Brigitte Fuchs trifft den Nagel auf den Kopf. Auch wenn die Entlohnung gemäss dem Personalreglement „Leistung, Ausbildung und Erfahrung sowie das wirtschaftliche Umfeld und den Arbeitsmarkt“ berücksichtigt, ist es immer noch eine Tatsache, dass sich 40% des Lohnunterschieds nicht mit objektiven Faktoren erklären lassen. Und dies, obwohl Bestimmungen sowohl in der Bundesverfassung als auch im Gleichstellungsgesetz den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit postulieren. Die Differenzen mögen seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann im Jahr 1996 zwar kleiner geworden sein, doch verschwunden sind sie nicht. Für die FDP ist die absolute Gleichstellung eine Selbstverständlichkeit und nicht nur ein Lippenbekenntnis. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, wenn auch die Antworten etwas dürftig ausgefallen sind. Gerne hätte man etwas mehr Substanz gehabt. Die FDP-Fraktion glaubt dem Stadtrat, dass bei Neueinstellungen das Geschlecht keine Rolle spielt, doch wie verhält es sich bei den langjährigen Mitarbeitenden? Der Beantwortung der Frage 1 wird entnommen, dass die Erkenntnisse seinerzeit nicht in ein neues Gehaltssystem umgesetzt wurden, unverantwortbare Mehrkosten entstanden wären. Die FDP-Fraktion fragt sich, ob die erwähnte pragmatische Behandlung von Einzelfällen die Gehaltanpassung über einen langen Zeitraum meint? Falls dies der Fall ist, wäre das nicht im Sinne der Gesetzgebung. Man ist sich bewusst, dass sich die Verwaltung an den zur Verfügung stehenden Mitteln orientieren muss, doch das ist in der Privatwirtschaft auch der Fall. Die Beantwortung der Interpellation hat stark die Prozesse und Instrumente der Verwaltung ins Zentrum gerückt. Leider hat die FDP-Fraktion wenig über variable Lohnbestandteile oder Anreizsysteme erfahren. Statt dessen konnte sie der Beantwortung der Frage 3 entnehmen, dass die Beförderung der Lehrpersonen nach geltendem Recht automatisch erfolgt – dies im Gegensatz zum Verwaltungsbereich. Was hat dies mit Gerechtigkeit zu tun? Die FDP unterstützt den Leistungslohn und deshalb fordert sie den Stadtrat auf, sich Gedanken zu machen, wie die Leistung bei der Bemessung des Lohns herangezogen werden könnte. Bei all den Ausführungen darf jedoch nicht vergessen werden, dass auch in der Privatwirtschaft die Lohnunterschiede noch nicht ausgeglichen wurden. Der Stadtrat konnte jedoch keine schlüssige Antwort auf die Frage liefern, warum denn in der Verwaltung etwas erreicht werden konnte, was in der Privatwirtschaft nicht geht. Die FDP-Fraktion nimmt mit gemischten Gefühlen Kenntnis von der Beantwortung der Interpellation.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass die **Interpellation betreffend gleiche Löhne für Frauen und Männer beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

## 9. Postulat der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung der Umweltkommission der Stadt Zug

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1967

Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und Antrag vom 20. Mai 2008 zum Postulat betreffend Abschaffung der Umweltkommission. Mit diesem Papier zeigt der Stadtrat, dass ihm die Umweltkommission nicht ans Herz gewachsen ist. Gerade mal zwei Seiten plus Antrag umfasst der Bericht. Zum Vergleich: Für die Beantwortung der Interpellation betreffend gleiche Löhne für Frauen und Männer benötigte der Stadtrat sieben Seiten.

Ursprung der Umweltkommission: Die Idee aus dem Jahre 1992 eine politisch zusammengesetzte, beratende Umweltkommission zur Unterstützung des zukünftigen Stadtökologen zu gründen, war sicher richtig. In der Zwischenzeit sind aber 16 Jahre ins Land gezogen und der heutige Stadtökologe Bruno Trüssel macht seine Arbeit hervorragend. Verordnung über die Organisation der Umweltkommission der Stadt Zug: Gemäss § 1 der Verordnung soll die Kommission politisch ausgewogen sein. Es handelt sich bei der Umweltkommission um eine der wenigen verbliebenen politischen Kommissionen in der Stadt Zug. Meistens sind es heute Fachkommissionen. Sicherlich hätte Herr Stadtrat Bossard auch hier lieber eine Fachkommission. Ideen dazu geisterten bereits zum Zeitpunkt als Jürg Messmer noch in dieser Kommission war umher. Dies wurde aber von den damaligen Mitgliedern abgelehnt. Gemäss § 4 besteht die Aufgabe der Umweltkommission darin, den Stadtrat in allen Umweltfragen zu beraten und ihr wichtig erscheinende Umweltprobleme zu behandeln. Gerade hier wäre eine detailliertere Antwort dringend angebracht gewesen. Welche Umweltfragen wurden beraten, welche Umweltprobleme behandelt? Zum Beispiel, ob der Werkhofangestellte beim Entfernen des Laubes auf dem Wanderweg mit der Gebläsemaschine den Gehörschutz benutzt. Dazu aber gibt es Vorgesetzte im Werkhof, die das Einhalten der Vorschriften kontrollieren können und müssen. Oder ob die begehbare Sammelstelle im Hertiquartier wirklich zu laut hallt? Auch bei dieser Sammelstelle ist während der Öffnungszeiten eine Aufsichtsperson vom Werkhof vor Ort. Wenn es wirklich unangenehm hallt, können die Benutzer oder Anwohner direkt beim Mitarbeiter vorstellig werden. Jürg Messmer ist überzeugt, dass entsprechende Kritik aus der Bevölkerung von diesem Ernst genommen und er seine Vorgesetzten umgehend informieren würde. Was ist mit Projekten? Seines Wissens gab es zwei Projekte, welche die Umweltkommission beraten hat und die dann hier im Rat behandelt wurden. Eines war das Projekt Waldameisen auf dem Zugerberg. Sicher mag sich Nicole Kistler noch gut an die Waldameisen erinnern. Schliesslich wurde sie von Stadtrat Bossard zurecht gewiesen, als sie sich erlaubte, während der Budgetdebatte vom 16. Dezember 2003 gegen das Projekt zu votieren und zu stimmen. Natürlich ging es ums Geld. Den Kürzungsantrag begründete Nicole Kistler wie folgt: „Als Gegenleistung will sie (die UWK) uns unter anderem vor dem Rauchen schützen und einen Leitfaden erstellen, damit wir künftig wissen, wie Dächer begrünt werden. Daneben will die Stadtökologie im wahrsten Sinn des Wortes tierische Anliegen verfolgen, etwa die

Schaffung eines Wildbienenhauses und die Wiederansiedlung von Ameisen auf dem Zugerberg.“ (Ende des Zitats) Schlussendlich wurde der Betrag um CHF 20'000.- gekürzt. Das andere Projekt war der Veloverleih. Auch dieses wurde vom Rat verworfen, da der Vorschlag der Erhebung einer kleinen Gebühr für die Ausleihe nicht umgesetzt wurde. Gemäss Stadtrat Bossard dürfen bei diesem Projekt die Mitarbeiter nicht mit dem Einziehen von Geld belastet werden. Weitere Projekte? Gemäss den Infos, welche vom SVP-Vertreter erhältlich waren, wurde das Projekt „Fledermäuse“ durchgeführt. Dabei wurde spezieller „Grassamen“ abgegeben, damit sich die Fledermäuse wohl fühlen. Dieses Projekt war bereits gestartet und vorbereitet, als es in diese Kommission kam. Also reine Information. Ohne Möglichkeit zum Mitbestimmen. Gab es Erfolgsmeldungen aus der Kommission? Leben die Ameisen noch, fühlen sich die Fledermäuse nun besser? Man weiss es nicht. Nach Meinung der SVP-Fraktion braucht es dazu eindeutig keine Kommission. Denn eigentlich geht es nur um eine zusätzliche Absicherung des Stadtrates. Er kann sich bei unangenehmen Fragen der GGR-Parteien dann hinter die Kommission stellen und erklären, dass das Projekt von der Umweltkommission abgestützt war und somit die Parteien im Rat keinen Grund haben dagegen zu sein.

Alltag der Umweltkommission: Gerade hier hätte der Stadtrat, wenn ihm diese Kommission wirklich wichtig wäre, über aktuelle Projekte berichten müssen. Es ist schön zu lesen, dass nun jeweils ein Schwerpunktthema gewählt wird. Welches Thema? Konnten die Kommissionsmitglieder aus verschiedenen Themen wählen? Fragen über Fragen aber leider keine Antworten vom Stadtrat.

Möglichkeiten und Grenzen der Umweltkommission: Wenn in den Parteien wichtige Anliegen zu Umwelt und Energie anstehen, haben sie die Möglichkeit, über die Fraktionen diese direkt beim zuständigen Stadtrat als Motion, Interpellation oder als Kleine Anfrage zu deponieren. Dafür braucht es die Umweltkommission nicht. Zudem ist dieses Vorgehen sicher effizienter, da der Stadtrat zum Handeln gezwungen wird.

Kosten der Umweltkommission: Vom Betrag her könnte man dem Stadtrat zustimmen, dass die Kommission nicht unbedingt die teuerste ist. Aber wie sagt man so schön? Kleinvieh macht auch Mist. Und zudem geht es nicht nur ums Geld. Kommissionen ja, aber bitte schön nur solche, welche auch Sinn machen.

Zukunft der Umweltkommission: Es ist doch schön, wenn die Mitglieder diese Treffen schätzen. Dass aber mit der Abschaffung eine bürgernahe Kommunikationsebene ausgeschaltet würde, bezweifelt Jürg Messmer. Mit dem Stadtökologen Bruno Trüssel hat der Stadtrat, wie schon erwähnt, einen engagierten und absolut fähigen Mann zur Verfügung. Und wenn die Bevölkerung mit dem zuständigen Stadtrat für Energie und Umwelt kommunizieren möchte, hat sich dieser die Zeit für die Bürger zu nehmen. Direkt und ohne dazwischen geschaltete Kommissionsmitglieder.

Die SVP-Fraktion ist mit der Beantwortung des Postulates nicht zufrieden. Die Antworten sind dürftig bis nichtssagend und konnten die Postulanten von der Daseinsberechtigung der Umweltkommission nicht überzeugen. Deshalb stellt die SVP-Fraktion folgenden Antrag: Der Bericht und Antrag des Stadtrates sei ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig fordert die SVP-Fraktion den Stadtrat nochmals auf, über ihr Postulat nachzudenken und die Umweltkommission abzuschaffen. Das Postulat sei von der Geschäftskontrolle nicht abzuschreiben.

Franz Akermann nimmt namens der SP-Fraktion zum Postulat Stellung: Die Sichtweise weicht von jener von Jürg Messmer deutlich ab. Die SVP fordert in ihrem Postulat die Aufhebung der Verordnung über die Organisation der Umweltkommission (VO UWK) und letztlich der Umweltkommission (UWK)! Die SVP begründete ihren Vorstoss mit Spargründen. Gemäss Ziffer 5 des Stadtratsberichtes 1967 betragen die jährlichen Kosten für die Kommission zwischen rund CHF 3'000.-- (2003) und CHF 1'200.-- (2007). Die Kosten sind somit nicht der Rede wert. Weil der SVP der Umweltschutz an und für sich ein Dorn im Auge ist, müssen wohl auch kurrige Begründungen genügen. Nachdem das Postulat überwiesen wurde und jetzt die Antwort des Stadtrates vorliegt, möchte Franz Akermann zur Sache noch einige kritische Anmerkungen anbringen. Der Umweltschutz hat bekanntlich weltweit eine hohe Bedeutung und dies mit steigender Tendenz. In der Schweiz erfolgt der Vollzug des USG primär über die Kantone, wird aber zunehmend an die Gemeinden delegiert. Die Nähe zum betroffenen Bürger kann sich dabei als nützlich erweisen. Der Stadt ist grundsätzlich ein guter Vollzug zu attestieren. Nun zur VO UWK: darin ist unter § 4 Aufgaben ein hoher Anspruch an die Kommission verankert:

1. Beratung des SR in Umweltfragen,
2. Stellungnahmen z.H. SR zu Umweltfragen.
3. eigeninitiative Behandlung wichtiger UW-Probleme.

Realität ist nun leider, dass dieser Anspruch bei weitem nicht eingelöst wird. Den Ziffern 3 und 4 der stadträtlichen Vorlage ist zu entnehmen (Zitat): „ In erster Linie werden die UWK-Mitglieder über die laufende Arbeit informiert und es werden Fragen beantwortet.“ Sodann „ es ist ein Informations- und Austauschgefäss“ (Zitatende). Das entspricht in keinsten Weise dem klar formulierten stadträtlichen Auftrag! Die UWK erfüllt ihre Aufgabe klar nicht! Der Stadtrat ist für das nicht Wahrnehmen seiner in § 5 VO UWK festgelegten Aufsichtspflicht zu tadeln. Die bisher von der UWK behandelten Themen Fledermausschutz und Naturlehrpfad sind sicher interessant und lehrreich. Wünschenswert wäre aber das Ausarbeiten von Massnahmen zur konkreten Minderungen von Umweltbelastungen. Wenn der Stadtrat prüfen will, ob die bestehende UWK-Verordnung anzupassen oder abzuschaffen sei, wenn er die UWK zwar beibehalten will, bei lediglich 2 Sitzungen pro Jahr, und die UWK als Informationsplattform für GGR und Verwaltung will, so scheint das reichlich nutzlos und dient der Bevölkerung kaum. Was ist zu tun? Der bisherige Aufgabenkatalog ist ernst zu nehmen! Die Kommission ist deshalb im Vergleich zu heute aufzuwerten. Mögliche Aufgaben der UWK sind:

- Stellungnahmen zu GGR Geschäften mit deutlichem Umwelt-Bezug wie z.B. Fernwärmeversorgung Altstadt Zug (Feinstaubproblematik (Holzfeuerung))
- Eigeninitiative: wie z.B. die zu beobachtende zunehmende Verlärmung der Stadt durch Strassenverkehr, sodann zur mangelhaften Benutzung des unbestritten guten OeV-Angebotes (vgl. Bilanz Ranking Schweizer Städte 2007 und Neue ZZ 7. Juni 2008 Aussage von Hans-Kaspar Weber, Leiter Amt für OeV: „zu viele Leute fahren mit dem Auto statt mit Bus und Bahn“)
- Eine fallweise Zusammenarbeit mit der Energiekommission ist anzustreben. Bei energiebasierten Massnahmen ist stets auch die Umwelt betroffen.

- Eine allfällige Anpassung der VO im Sinne einer Aufgabenverwässerung ist nicht zweckmässig und wird abgelehnt.

Die SP-Fraktion kann vom Bericht und Antrag zum vorliegenden Postulat nur dann zustimmend Kenntnis nehmen, wenn sich der Stadtrat bereit erklärt im Rahmen der unter Ziffer 6 des Berichtes aufgeführten Überprüfung der bestehenden VO die oben skizzierte Aufwertung der UWK einzubeziehen. Der Bericht soll vor der nächsten Budgetdebatte vorliegen. Einer allfälligen Abschaffung oder weiteren Marginalisierung der UWK würde sich die SP-Fraktion klar widersetzen.

Patrick Steinle dankt dem Stadtrat für seinen Bericht zu diesem Postulat, auch wenn er weder sorgfältig noch besonders überzeugend ausgearbeitet ist. Auch die Fraktion Alternative-CSP ist nicht sehr überzeugt vom Inhalt. Dem Bericht des Stadtrates wird entnommen, die Umweltkommission diene dem Gedankenaustausch und als halbjährliche Informationsplattform für den Stadtökologen. Die Kommission koste auch sehr wenig und solle beibehalten werden. Nichts gegen Gedankenaustausch und Informationsplattformen - aber auf eine solche Umweltkommission kann tatsächlich verzichtet werden, auch wenn sie gratis wäre und ohne Reglement daher käme. Es kann doch nicht sein, dass der Stadtökologe seine Ideen und Projekte einem verpolitisierten Debattierklub unterbreitet oder ökologisch desinteressierten Kommissionsmitgliedern halbjährlich basics von Umwelt- und Naturschutz vermittelt. Wenn der Stadtökologe über seine Projekte informieren will, dann soll er eine Medienkonferenz einberufen oder er lässt die Information dem GGR zukommen. Schwerpunktthemen stellt er besser einer breiteren Öffentlichkeit vor als einer Stadtratskommission, die ihn eher zusätzlichen Arbeitsaufwand kostet als dass sie ihn wirkungsvoll unterstützt. Das würde die Fraktion Alternative-CSP nämlich von einer Umweltkommission erwarten: dass sie breites fachtechnisches und lokales Know-how einbringt, die Tätigkeit des Stadtökologen unterstützt und begleitet, den Bezug zur Öffentlichkeit herstellt und auch durch eigene Anregungen Projekte lanciert, vielleicht in mehreren Sitzungen pro Jahr die Schwerpunkte der städtischen Umweltpolitik definiert. Warum hört und liest man solch lobende Worte von der Energiekommission, von der Stadtbildkommission, von der Kulturkommission, aber nicht von der Umweltkommission? Nach Ansicht der Alternativen liegt mit der politischen Zusammensetzung der Kommission ein struktureller Fehler vor. Der Weg zum Debattierklub ist vorgezeichnet. Statt sachliche Auseinandersetzung und fachliche Unterstützung fällt eine solche Kommission schnell ins links-rechts-Schema, die einen wollen Umweltschutz um jeden Preis und die andern verstehen davon nichts oder sich selbst als Bremser, so dass die Herabsetzung der Anzahl Sitzungen und deren Umwandlung in Informationsabende noch das kleinste Übel ist. Fazit: Die Fraktion Alternative-CSP ist resolut gegen die Abschaffung der Umweltkommission, sie fordert aber vom Stadtrat eine baldige Anpassung der entsprechenden Verordnung und eine Umwandlung in eine Fachkommission, allenfalls, sofern sinnvoll, eine Zusammenlegung mit der Energiekommission. Einen eigenen Vorstoss in dieser Richtung behält sich die Fraktion Alternative-CSP vor. Wie die andern stadträtlichen Kommissionen zeigen, z.B. gerade die Kulturkommission, kann ein Fachgremium für wenig Geld sehr viel Know-how einbringen und die städtische Fachstelle in vielen Belangen unterstützen. Das gönnt die Fraktion

Alternative-CSP der Kulturbeauftragten, und wünscht dem Stadtökologen, der ja innerhalb der Stadtverwaltung weitgehend als Einzelkämpfer agiert, ein ähnliches Gremium, das seine Arbeit seriös und kritisch würdigt, ihn fachtechnisch unterstützt und berät, mit Ideen und connections hilft und Rückhalt gibt. Die Fraktion Alternative-CSP will die Umweltkommission stärken statt abschaffen. Dem Bericht des Stadtrates kann so nicht zugestimmt werden. Die Fraktion AlternativeCSP nimmt in ablehnendem Sinne Kenntnis.

Karl Kobelt: Kommissionen haben ihre volle Berechtigung in den politischen Prozessen und in den Entscheiden der städtischen Exekutive. Entsprechend sind Kommissionen politisch zusammengesetzt, wie etwa die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Bau- und Planungskommission (BPK), oder sie sind Fachgremien und beraten den Stadtrat. Ein Beispiel dafür ist die Stadtbildkommission, die Wesentliches zum Erhalt und zur Förderung der städtebaulichen Qualität leistet. Auch die Umweltkommission war einst ein solches Fachgremium. Sie behandelte wichtige Themen, die die Umwelt betreffen. Karl Kobelt erinnert etwa an den Beitritt der Stadt Zug zum Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen (ZEBA) Mitte der Neunziger Jahre und an die Planung des Ökihofs. Damals hat die Umweltkommission eine bedeutende Vorarbeit geleistet. Seit längerem hat sich die Umweltkommission nicht mehr mit vergleichbaren Sachgeschäften befasst. Dies zeigt ein Blick in die Protokolle der jüngsten Zusammenkünfte des Gremiums. Sie trifft sich nur noch zweimal jährlich. 2007 lauschten die Mitglieder in der einen Sitzung den Ausführungen eines Experten zum Fledermausschutz. In einem zweiten Treffen im Herbst stellte eine Praktikantin den Werdegang des Naturlehrpfades vor. Damit wird deutlich: Die durchaus wünschbare Vordenker- und Beratungsrolle der Umweltkommission ging mittlerweile verloren. Unsere Umwelt bedarf des Schutzes und der Pflege. Umweltschutz ist überdies nicht nur eine Frage internationaler Kooperation, auch die Kommunen stehen in der Pflicht, davon ist die FDP überzeugt. Unabhängig der anfallenden Kosten geht es jedoch nicht an, dass Departemente derartige Gremien ohne jeglichen fachspezifischen Nutzen unterhalten. Für die vom Stadtrat gewünschte Information und den Austausch gibt es genügend andere Gefässe und Möglichkeiten – Fachvorträge für ein breites Publikum etwa, Newsletter und nicht zuletzt das direkte Gespräch. Aus diesen Gründen ist dem Postulat der SVP zuzustimmen und vom Bericht des Stadtrates in ablehnendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

Martina Arnold: Das Lesen der Überschrift dieses Postulates „Abschaffung der Umweltkommission“ machte skeptisch und Martina Arnold dachte: „Da will die SVP auf Kosten der Umwelt sparen!“ Doch beim Weiterlesen des Postulates wurde sie neugierig. Wer steckt hinter dieser Umweltkommission? Welches sind ihre Aufgaben? Laut § 4 der Verordnung über die Organisation dieser Umweltkommission hat die politisch zusammengesetzte und nicht professionelle Kommission die Aufgabe, den Stadtrat in allen Umweltfragen zu beraten und zu Umweltfragen, die ihr vom Stadtrat vorgelegt werden, Stellung zu beziehen. Martina Arnold kann sich kaum vorstellen, dass eine Nichtfachkommission diese anspruchsvollen Aufgaben in gerade mal zwei Sitzungen pro Jahr

erfüllen kann. Nun, der Stadtrat meint in der Vorlage, dass die über 13 Jahre alte Verordnung nicht mehr der tatsächlichen Funktions- und Arbeitsweise der Umweltkommission entspreche und das bestehende Reglement deshalb angepasst oder abgeschafft werden soll. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass nicht nur auf die Verordnung, sondern auch auf die Kommission verzichtet werden kann. Nicht aus Kostengründen. Im letzten Jahr kostete die UWK gerade mal CHF 1'200.--! Auch möchte die CVP-Fraktion die Ernsthaftigkeit der Bemühungen der sieben Kommissionsmitglieder nicht in Frage stellen. Sie fragt sich aber, welchen Sinn und Nutzen diese Kommission hat. Laut Stadtrat werden die Kommissionsmitglieder in erster Linie über die Arbeit der Stadtökologie informiert und können Fragen stellen. Für die Kommissionsmitglieder mag dies schön und gut und interessant sein, für den Stadtökologen und seine Mitarbeiter jedoch zusätzlicher Aufwand. Für die Stadt bringt es nichts. Die CVP-Fraktion empfiehlt deshalb dem Stadtrat, auf die Umweltkommission zu verzichten. Die Arbeit des Amtes Umwelt und Energie, dessen Projekte wie z. B. die Energiesparaktion, die Kampagne zum effizienteren Umgang mit elektrischem Strom, den neu angelegten Naturlehrpfad, findet die CVP-Fraktion beachtenswert und ist dem Stadtökologen und seinem Team dankbar.

Stadtrat Andreas Bossard hat die Kritiken gehört, spürte sie aber auch schon seit längerer Zeit. Stadtrat Andreas Bossard hätte anfangs Legislatur lieber eine eigentliche Fachkommission gehabt. Nach Anhörung der Fraktionen hat sich aber der Stadtrat für eine politisch zusammengesetzte Kommission entschieden. Die Energiekommission, eine Fachkommission, funktioniert viel effizienter und besser, weil Fachleute über die Themen diskutieren und ihre Meinung einbringen können. Das ist als beratendes Organ viel wertvoller. Die heute gehörten Kritiken nimmt Stadtrat Andreas Bossard ernst und wird mit dem Stadtrat diskutieren, in welche Richtung man gehen will. Stadtrat Andreas Bossard wird auch mit dem Stadtökologen und seinem Team einen Weg aufzeigen. Der GGR wird wieder davon erfahren.

Ratspräsident Stefan Hodel: Es liegt ein Antrag der SVP-Fraktion vor. Gleich wie bei Interpellationen können aber nicht Anträge zu Postulaten gestellt werden. Das Thema wurde vor einigen Monaten intensiv diskutiert. Abschliessend wurde eine Konsultativabstimmung durchgeführt. Ratspräsident Stefan Hodel möchte heute davon absehen. Der Stadtrat hat die Kritiken zur Kenntnis genommen und kann aufgrund dieser Aussagen nun weiter arbeiten. Wenn das Postulat, wie dies die SVP-Fraktion wünscht, nicht abgeschrieben und auf der Geschäftskontrolle belassen werden soll, geht es diesem gleich wie demjenigen der CVP-Fraktion vom 2. Mai 2005: es wird pendent behalten, bleibt über Jahre auf der Liste und erscheint einmal im Jahr im Jahresbericht. Alle Argumente liegen auf dem Tisch: es liegt nun am Stadtrat, zu handeln.

Jürg Messmer möchte geklärt haben, wie der Rat die Berichterstattung zur Kenntnis nimmt. Der Rat kann ablehnend Kenntnis nehmen, nur Kenntnis nehmen oder zustimmend Kenntnis nehmen.

### **Ergebnis:**

über den Antrag der SVP-Fraktion für ablehnende Kenntnisnahme gegenüber dem Antrag des Stadtrates für zustimmende Kenntnisnahme:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 29 Ratsmitglieder, für den Antrag des Stadtrates stimmen 0 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Hodel stellt fest, dass der GGR mit 29:0 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, den Bericht des Stadtrates ablehnend zur Kenntnis genommen hat.

## 10. Mitteilungen

Ratspräsident Stefan Hodel informiert über das weitere Vorgehen bezüglich Ortsplanungsrevision:

Pendenzen Zonenplan:

- Diskussion bezüglich 20'000 m<sup>2</sup>: Vorschläge des Stadtrates liegen vor.
- Rückkommensanträge
- Areal 26, Oeschwiese
- Areal 39, folgt im Januar 2009
- Priorität Einzonung
- Mülimatt, Bericht Stadtrat

Pendenzen Bauordnung:

- 16 von 48 Paragraphen sind behandelt
- Rückkommen auf 3 Paragraphen

Richtplan Siedlung, Landschaft und Verkehr:

- Die Anträge liegen vor.

Nach Rücksprache mit Stadträtin Andrea Sidler Weiss wird nächste Woche zuerst mit der Bauordnung fortgefahren. Wenn es zeitlich möglich ist, wird auch die Behandlung der Richtpläne begonnen. Eine Woche später werden die restlichen Themen (Zonenplan, restliche Pendenzen, Rückkommensanträge zu Zonenplan und Bauordnung usw.) behandelt. Wenn dieser Zeitplan eingehalten werden kann, ist es möglich, das Thema Ortsplanung an der übernächsten Sitzung vom 24. Juni 2008 abzuschliessen. Die Sitzung vom 1. Juli 2008 findet aber so oder so statt. Dann wird wenn nötig noch die Ortsplanung fertig behandelt. Falls dies nicht mehr nötig ist, werden andere Traktanden beraten. Ratspräsident Stefan Hodel verweist diesbezüglich auf sein Mail an die Fraktionsvorsitzenden, wonach die ersten vier Sitzungen für die Ortsplanungsrevision reserviert sind. Von der fünften Sitzung hat er nichts geschrieben. Es sind jedoch mit Sicherheit alle Ratsmitglieder daran interessiert, vor den Sommerferien noch einen sauberen Tisch zu machen.

Ratspräsident Stefan Hodel gibt noch weitere Informationen bekannt:

- Die Kleine Anfrage betr. Richtlinien zur Benützung des öffentlichen Grundes ist vom Stadtrat am 6. Mai 2008 beantwortet worden. Die Antwort ist bereits den GGR-Mitgliedern zugestellt worden.
- Am 17. Juni 2008, 12.45 Uhr, findet auf Einladung des Departementes SUS ein Besuch der Veranstaltung Klittering zum Thema Littering mit anschliessendem Apero auf dem Landsgemeindeplatz statt.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

**Dienstag, 17. Juni 2008, 14.00 Uhr (Ortsplanungsrevision)**

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber